

Finanzergebnisse und Jahresabschluss

73 Finanzergebnisse

81 Jahresabschluss

Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz

Ausweis der Veränderungen im Eigenkapital der Mitglieder

Kapitalflussrechnung

Anmerkungen zum Jahresabschluss

100 Zusammenfassung der Sonderfonds

Finanzergebnisse

Die EBRD konsolidierte im Jahr 2000 die Rückkehr in die Gewinnzone und wies nach Rückstellungen einen Gewinn in Höhe von 152,8 Millionen Euro für das Geschäftsjahr aus, verglichen mit 42,7 Millionen Euro für 1999. Die Bank erreichte damit zum 31. Dezember 2000 aufs neue Rücklagen von 65,9 Millionen Euro und konnte die meisten finanziellen Rückschläge des Jahres 1998 ausgleichen.

Vor allgemeinen Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 519,2 Millionen Euro lagen die operativen Einkünfte aus der Geschäftstätigkeit um fast 40 Prozent über denen des Vorjahres in Höhe von 376,4 Millionen Euro. Alle Einkommensbereiche wiesen im Jahr 2000 bessere Ergebnisse aus. Im besonderen lagen die Nettozinserträge in Höhe von 273,3 Millionen Euro um 46 Prozent über den für 1999 ausgewiesenen Beträgen, Dividendeneinkünfte aus Aktienanlagen in Höhe von 28,1 Millionen Euro waren mehr als doppelt so hoch wie die des Vorjahres. Die Gewinne aus der Veräußerung von Aktienanlagen übertrafen mit 166,8 Millionen Euro die für 1999 um 30 Prozent. Die Verringerung notleidender Bestände wirkte sich positiv auf die Nettozinserträge aus. Zum 31. Januar 2000 gingen für 26 Darlehen über insgesamt 363,8 Millionen Euro keine Zinszahlungen ein, verglichen mit 26 Darlehen in Höhe von 452,7 Millionen Euro zum Jahresende 1999. 72 Prozent davon bzw. 260,1 Millionen Euro gehörten zum russischen Bestand (1999: 85 Prozent bzw. 382,8 Millionen Euro).

Die Rückstellungskosten für 2000 lagen mit 174,3 Millionen Euro knapp über denen für 1999 (160,9 Millionen Euro). Diese Zunahme ist auf höhere Rückstellungen für die Finanzabteilung zurückzuführen, die sich im Jahr 2000 auf 7,2 Millionen Euro beliefen (1999: 5,3 Millionen Euro Guthaben). Das Guthaben für 1999 war vor allem auf reduzierte Risikoeinstufungen der koreanischen Engagements zurückzuführen, die es gestatteten, die Höhe der Rückstellungen gegenüber Ende 1998 zu verringern. Die Rückstellungsbelastungen des Bereichs Banking in Höhe von 167,2 Millionen Euro unterschieden sich nicht wesentlich von denen des Vorjahres (1999: 166,2 Millionen Euro). Neue Einzelrückstellungen für den Bestand des Bereichs Banking lagen aufgrund der Beitreibung von Vermögenswerten infolge von Restrukturierungen, einer Verringerung der Anzahl notleidender Darlehen und besserer Portfolioergebnisse im Jahr 2000 unter denen für 1999.

Im Gefolge der Russlandkrise befand sich im Anlageportfolio der Bank eine Reihe von Risikoengagements, für die die Bank erhebliche Rückstellungen vorgenommen hat. Angesichts der Art der übernommenen Risiken ist die Beitreibung wesentlicher Anteile dieser Investitionen durch die Bank unwahrscheinlich. Belastungen durch allgemeine Rückstellungen für die Anlagen des Bereichs Banking lagen über denen des Vorjahres. Obwohl die Restrukturierung von Projekten die Auflösung von Einzelrückstellungen ermöglichte, stellten diese Projekte immer noch ein hohes Risiko dar und erforderten somit hohe allgemeine Rückstellungen. Das Risikoprofil neuer Projektauszahlungen war ausgeprägter als das für 1999 (siehe unten).

Die Tätigkeit im Bereich Banking wurde im Jahresverlauf zum ersten Mal rentabel und wies nach vollständiger Zuweisung von Aufwendungen, Rückstellungen und Kapitalleistungen einen Gewinn von 79,1 Millionen Euro aus (1999: 11,6 Millionen Euro Verlust). Dies war vor allem auf eine Zunahme der Nettozinserträge und Gewinne aus der Veräußerung von Aktienanlagen zurückzuführen. Allerdings lagen die Einkünfte in allen Bereichen über denen des Vorjahres. Die Finanzabteilung kann wieder auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken und erhöhte nach vollständiger Zuweisung von Aufwendungen, Rückstellungen und Kapitalleistungen den Nettogewinn um mehr als ein Drittel auf 73,7 Millionen Euro (1999: Gewinn 54,3 Millionen Euro). Dabei nutzte sie attraktive Finanzierungsmöglichkeiten und erzielte aus einem größeren Anlagevolumen gute Renditen.

In Pfund Sterling ausgedrückt hielten sich die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen innerhalb des Budgetrahmens und waren mit denen für 1999 vergleichbar. Darin spiegeln sich anhaltende Budgetdisziplin und effektive Kostenkontrollen wider. Allerdings lagen die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen einschließlich Abschreibungen aufgrund des stärkeren Pfundes im Jahr 2000 in Euro ausgedrückt mit 192,1 Millionen Euro um 19,3 Millionen Euro über dem Vorjahresniveau (1999: 172,8 Millionen Euro).

Die gesamten Rückstellungen für die Tätigkeit im Bereich Banking beliefen sich zum Jahresende auf 1,2 Milliarden Euro, verglichen mit 1,1 Milliarden Euro Ende 1999. Dies entsprach 15,8 Prozent der ausgezahlten Darlehen und Aktienanlagen (1999: 16,2 Prozent) und entsprach der Verpflichtung der EBWE, gestützt auf die laufende Bewertung des Portfolios und der damit verbundenen inhärenten Risiken, sorgfältig Vorsorge für bestehende und voraussichtliche Risiken zu treffen. Die Projekten in Russland zugeordneten Rückstellungen beliefen sich auf rund 37 Prozent der Gesamtsumme (1999: 51 Prozent); Rückstellungen für nichtstaatliche Kredite entsprachen 34 Prozent der an nichtstaatliche Kreditnehmer ausgezahlten und in Anspruch genommenen Beträge in diesem Land (1999: 37 Prozent).

Tätigkeit des Bereichs Banking

Portfolio

Das Volumen der Neugeschäfte belief sich im Jahr 2000 auf 2,7 Milliarden Euro für 95 Projekte. Dies ist das höchste Ergebnis jährlicher Zusagen, das die EBWE bisher erreicht hat, und bedeutet gegenüber dem ausgewiesenen Vorjahresvolumen eine Zunahme um 24 Prozent (1999: 2,2 Milliarden Euro für 88 Projekte). Der Anteil der Kapitalanlagen am Neugeschäftsvolumen lag bei 23 Prozent, der des Privatsektors bei 78 Prozent. Das Neugeschäft umfasste auch restrukturierte Projekte in Höhe von 198 Millionen Euro.

Das kumulative Nettogeschäftsvolumen erreichte Ende 2000 in den Einsatzländern insgesamt die Höhe von 16,6 Milliarden Euro, verglichen mit 13,7 Milliarden Euro Ende 1999. Das Portfolio der gemachten Nettozusagen stieg von 10,8 Milliarden Euro Ende 1999 auf 12,2 Milliarden Euro Ende 2000 an, eine Erhöhung von 13 Prozent.

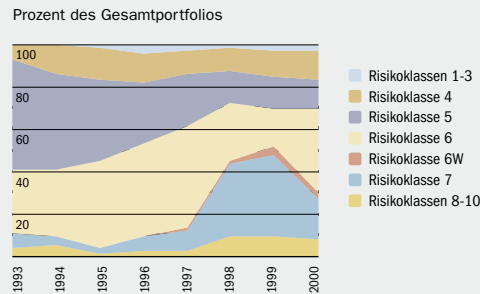
Die Pipeline von Projekten in Vorbereitung wurde im Jahr 2000 nach der Bewilligung 107 neuer Projekte durch das Direktorium ausgebaut. Dabei handelte es sich um Darlehen und Aktienanlagen der Bank im Gesamtwert von 3,6 Milliarden Euro, verglichen mit 99 Projekten im Gesamtwert von 2,6 Milliarden Euro im Vorjahr. Im Jahr 2000 bewilligte das Direktorium die zweitgrößte Anzahl von Projekten. Zum Jahresende 2000 beliefen sich die kumulierten Bewilligungen ohne Stornierungen auf 20,2 Milliarden Euro (1999: 16,5 Milliarden Euro). Der gesamte Projektwert der kumulativen Direktoriumsbevolligungen belief sich auf 70,6 Milliarden Euro, verglichen mit 55,9 Milliarden Euro zum 31. Dezember 1999. Darin ist per 31. Dezember 2000 die Mobilisierung von 50,4 Milliarden Euro enthalten, verglichen mit 39,4 Milliarden Euro Ende Dezember 1999.

Die Bruttoauszahlungen betragen im Jahr 2000 insgesamt 1,5 Milliarden Euro, eine Zunahme von 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die operativen Anlagen beliefen sich Ende 2000 auf 7,6 Milliarden Euro (1999: 7,0 Milliarden Euro) und umfassten Darlehen in Höhe von 5,6 Milliarden Euro und Aktienanlagen in Höhe von 1,9 Milliarden Euro.

Risiken

Aufgrund der in vielen Einsatzländern der EBWE bestehenden hohen Kreditrisiken führt die Bank regelmäßig Überprüfungen einzelner Engagements in ihrem Portfolio durch. Die Abteilung Risikomanagement unterzieht alle nicht abgeschlossenen Projekte zumindest zweimal jährlich einer offiziellen Überprüfung. Engagements, bei denen eine größere Anfälligkeit gegenüber Zahlungsausfall zu vermuten ist, werden häufiger überprüft. Die jährlichen

Gesamtprofil der Risikoeinstufung des Darlehens-, Garantie- und Kapitalanlageportfolios über den Zeitraum, nach gezeichneten Beträgen



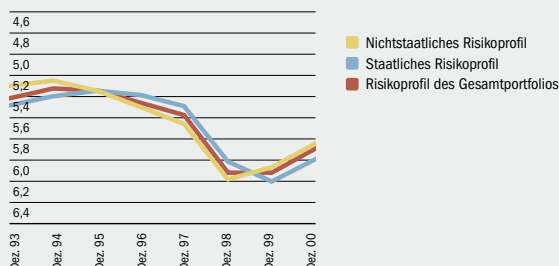
Überprüfungen für Engagements im Privatsektor werden auch nach Projektabschluss fortgesetzt. Zu jeder Überprüfung gehört eine Analyse der Einstufung des Projektrisikos. Bei Projekten, deren Ergebnisse unter den Erwartungen liegen, wird auch die Höhe der Einzelrückstellungen kontrolliert. Die Auszahlungskontrolle liegt in den Händen der Projektverwaltungsgruppe innerhalb der Abteilung Risikomanagement. Sie ist dafür verantwortlich, dass vor der Auszahlung die Projektkonditionen eingehalten werden. Sie sorgt auch dafür, dass die richtigen Verfahren im Sinne der bewilligten Grundsätze die richtigen Verfahren befolgt werden. Darüber hinaus wird das Portfolio auf die Diversifizierung sowohl für das Land als auch den Sektor überwacht.

Gefährdete Investitionen werden auf das Unternehmenssanierungs-Team übertragen, das sowohl der Abteilung Risikomanagement als auch dem Bereich Banking untersteht. In Fällen, wo dies zu positiven Ergebnissen führen könnte, übernimmt es das Management des Restrukturierungsprozesses. Das Unternehmenssanierungs-Team arbeitet in solchen Situationen an der Entwicklung und Umsetzung einer Strategie eng mit Risikomanagement und Banking zusammen.

Alle Projekte und Einsatzländer erhalten auf einer internen Bewertungsskala von 1 (niedriges Risiko) bis 10 (erwarteter Verlust) Kreditrisiko-Ratings. Für das ordnungsgemäß bediente Portfolio werden die allgemeinen Rückstellungen aufgrund einer Matrix festgesetzt, die sich auf externe Verlustindikatoren sowie auf die Erfahrungen der EBWE stützt und angenommene Projekt-, Sektor- und Länderrisiken berücksichtigt. Das von der Bank genutzte Modell allgemeiner Rückstellungen wurde aufgrund jüngster Portfolioerfahrungen und durch die Anwendung eines neuen Verfahrens zur Einschätzung erwarteter Verluste aus einzelnen Projekten im Jahr 2000 verfeinert.

Angesichts der Märkte, in denen die Bank tätig ist, und ihres Transformationsmandats erwartet die EBWE zum Zeitpunkt der Bewilligung normalerweise projektspezifische Einstufungen unter die Risikokategorien 4 bis 6 (etwa mit Standard & Poor's BBB- bis B-Ratings vergleichbar). Die mittlere Projektrisikoeinstufung

Gewichtetes mittleres Gesamtrisikoeinstufungsprofil über den Zeitraum, nach gezeichneten Beträgen



von im Jahr 2000 unterzeichneten Neuprojekten lag bei 5,55 (1999: 5,36). Die gewichtete mittlere Projektrisikoeinstufung des unterzeichneten Bestands betrug per 31. Dezember 2000 5,65 (1999: 5,68).

Das Portfolio der Bank profitierte im Jahr 2000 von einer durch einen Aufschwung in Russland angeführten stetigen Verbesserung des Kreditklimas in der Region. Eine Reihe von Einsatzländern wurde von der Bank sowie von externen Rating-Agenturen höher eingestuft. Der Anteil mit einem Risiko behafteter Projekte ging aufgrund der Auflösung einer Anzahl früherer Problemengagements und des Wachstums im Gesamtportfolio zurück. Zum Ende 2000 war der prozentuale Anteil gezeichneter Projekte in den allgemeinen Risikokategorien 4 bis 6 von 47 Prozent zum 31. Dezember 1999 auf 68 Prozent gestiegen. Projekte in der Risikokategorie 6W (Wachsamkeit geboten) und 7 (besondere Aufmerksamkeit) gingen auf 23 Prozent (1999: 42 Prozent) und diejenigen in den Kategorien 8 (unter Standard), 9 (zweifelhaft) und 10 (erwarteter Verlust) auf 7 Prozent zurück (1999: 8 Prozent).

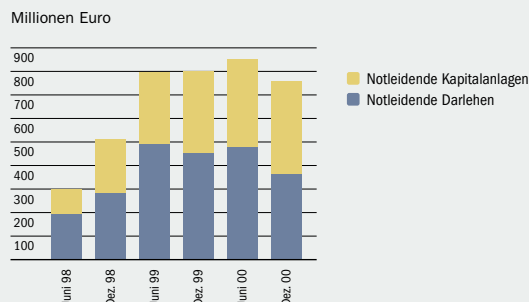
Das Portfolio der EBWE hat sich im Geschäftsjahr verbessert. Die mittlere Gesamtrisikoeinstufung des gezeichneten Portfolios stieg auf 5,91 (1999: 6,14) verbessert. Beträchtliche Verbesserungen gab es im Geschäftsjahr sowohl im staatlichen als auch im nichtstaatlichen Sektor.

Sind Zahlungen für nichtstaatliche Engagements mehr als 60 Tage oder für staatliche Engagements mehr als 180 Tage im Verzug, gelten die Darlehen als notleidend. Zusätzlich können auch ordnungsgemäß bediente Darlehen als notleidend eingestuft werden, wenn ein zukünftiger Zahlungsverzug zu erwarten ist. Als notleidend werden alle Kapitalanlagen betrachtet, für die Einzelrückstellungen vorgenommen worden sind.

Ergebnisse

Im Bereich Banking war zum ersten Mal die Tätigkeit nach Rückstellungen einschließlich aller Sonderzuteilungen rentabel. Der Nettogewinn nach Rückstellungen in Höhe von 74,0 Millionen Euro für 2000 tritt an Stelle eines auf gleicher Grundlage ermittelten Nettoverlustes von 11,6 Millionen Euro für 1999. Die operativen

Notleidende Darlehen und Kapitalanlagen



Einkünfte in Höhe von 423,0 Millionen Euro aus dem Kerngeschäft des Bereichs Banking lagen im Jahr 2000 um 35 Prozent über dem Betrag von 313,7 Millionen Euro für 1999. Alle Einkommensbereiche zeigten im Jahr 2000 bessere Ergebnisse als im Vorjahr, insbesondere die Nettozinserträge aus Darlehen (37 Prozent Zunahme), Dividendeneinkünfte (mehr als verdoppelt) und Nettogewinne aus der Veräußerung von Aktienanlagen (30 Prozent Zunahme).

Die Veräußerung einer kleinen Anzahl der reiferen Aktienbestände der EBWE stellte einen bedeutenden Anteil der aus dem Aktienanlageportfolio eingegangenen Einkünfte dar. Der Beitrag dieses Portfolios zur Gewinn- und Verlustrechnung dürfte angesichts seiner Abhängigkeit vom Zeitpunkt der Veräußerungen beträchtlichen Schwankungen unterliegen. Die reiferen Aktienbestände können erst veräußert werden, wenn die Rolle der Bank im Transformationsprozess für das betreffende Projekt beendet ist und wenn die Möglichkeit besteht, die Anteile am Markt oder anderweitig zu verkaufen. Die Veräußerungen werden mit dem weiteren Reifen des wachsenden Anlageportfolios zunehmen, aber es ist nach wie vor schwierig, den voraussichtlichen Zeitpunkt und die Einkünfte aus solchen Veräußerungen vorauszusagen.

Tätigkeit der Finanzabteilung

Portfolio

Die von der Finanzabteilung verwalteten Vermögenswerte beliefen sich zum 31. Dezember 2000 auf 12,4 Milliarden Euro (1999: 10,6 Milliarden Euro). Sie umfassten Schuldtitel im Wert von 7,1 Milliarden Euro und Platzierungen bei Kreditinstituten im Wert von 5,3 Milliarden Euro (unter anderem Rückkaufsvereinbarungen und die gesamten Gegenswaps).

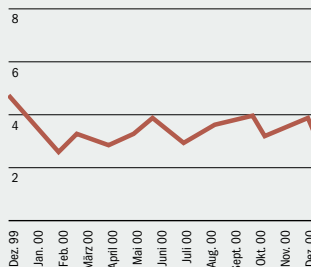
Zum Jahresende 2000 wurden etwa 3 Prozent der Vermögenswerte der Finanzabteilung durch insgesamt 11 externe Vermögensverwalter geführt. Die extern verwalteten Portfolios umfassten einen finanzierten und nominellen Betrag eines auf Euro lautenden Zinstauschprogramms¹ in Höhe von 357,3 Millionen Euro und

¹ In dem Euro-Programm erhalten die Fondsverwalter nominelle Beträge für die Zinssatzpositionierung, ohne die effektiven Barmittel zugewiesen zu bekommen.

Gesamter nicht diversifizierter VaR – Allgemeinbegrenzung: 18 Millionen Euro

(10 Börsentage, 99 % Zuverlässigkeitsniveau;
Angaben: BIS RiskMetrics)

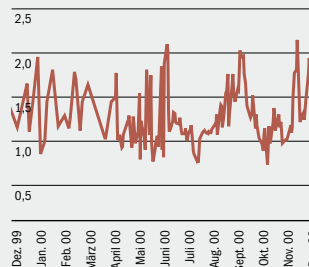
Millionen Euro



Intern verwaltete Positionen

(10 Börsentage, 99 % Zuverlässigkeitsniveau;
Angaben: BIS RiskMetrics)

Millionen Euro



eines auf US-Dollar lautenden Programms für durch Hypotheken unterlegte Schuldtitel in Höhe von 364,3 Millionen Euro. Diese Mittel werden durch unabhängige Manager verwaltet, um in den Genuss spezialisierter Dienstleistungen und Investmentverfahren zu kommen und Ergebnismaßstäbe Dritter anlegen zu können. Diese unabhängigen Verwalter müssen die gleichen Investitionsvorschriften einhalten, die die Bank bei ihren intern verwalteten Mitteln befolgt.

Risiken

Zum 31. Dezember 2000 belief sich der gesamte Risikowert (*Value-at-Risk/VaR*) der EBWE, errechnet mit Bezug auf ein Zuverlässigkeitsniveau von 99 Prozent über einen Börsenzeitraum von zehn Tagen, auf 3,3 Millionen Euro² (1999: 4,7 Millionen Euro).

Diese Angaben deuten auf eine zurückhaltende Nutzung der Gesamt-VaR-Begrenzung für alle Mittel der Finanzabteilung, ob intern oder extern verwaltet. Diese Begrenzung ist in der Vollmacht der Bank für die Abteilung festgelegt und beläuft sich bei einer Berechnung mit Bezug auf ein Zuverlässigkeitsniveau von 99 Prozent in einem Zeitraum von zehn Börsentagen auf 18,0 Millionen Euro.

Der VaR des intern verwalteten Portfolios belief sich auf 1,6 Millionen Euro (1999: 1,3 Millionen Euro). Im Verlauf des Jahres lag die Schwankungsbreite zwischen 0,7 Millionen Euro und 2,2 Millionen Euro, und war mit der für 1999 vergleichbar, wenn auch etwas enger.

Wie in früheren Jahren war der Beitrag des Wechselkursrisikos zur Gesamt-VaR-Zahl jederzeit relativ begrenzt und lag nie über 0,8 Millionen Euro. Daher war die Zinssatzpositionierung das hauptsächliche Marktrisiko der EBWE. Das intern verwaltete Portfolio, auf das sich diese Zahlen beziehen, belief sich zum 31. Dezember 2000 auf 10,7 Milliarden Euro (1999: 9,3 Milliarden Euro).

² Anders ausgedrückt bestand die einprozentige Möglichkeit, dass die Bank in einem Zeitraum von 10 Börsentagen aufgrund negativer Veränderungen der Zinssätze und Wechselkurse einen Verlust von mindestens 3,3 Millionen Euro erleiden könnte.

Zusätzlich zeigten die in den extern verwalteten Portfolios bestehenden Marktrisiken zum Jahresende einen VaR von 0,6 Millionen Euro (1999: 1,0 Millionen Euro) für das auf Euro lautende Programm und 1,2 Millionen Euro (1999: 2,4 Millionen Euro) für das auf US-Dollar lautende Programm.³ Der Nettovermögenswert dieser extern verwalteten Portfolios lag zum 31. Dezember 2000 bei 45,8 Millionen Euro bzw. 364,3 Millionen Euro.

Die Gesamtqualität der Kreditengagements der Finanzabteilung war nach wie vor hoch. Die gewichtete mittlere Kreditrisikoeinstufung betrug 1,65 auf der internen Wertungsskala der EBWE (etwas besser als AA+). Zum Jahresende 2000 wurden 92,9 Prozent der gesamten Engagements mit 2,5 (eine Einstufung zwischen A+ und AA-) oder besser (1999: 91,6 Prozent) bewertet. Alle Engagements waren erstklassige Investitionen; nur staatlich gebundene Engagements in Korea und vollständig gesicherte Derivatengagements bei einem einzelnen Partner lagen unter der internen Einstufung von 3,3 (vergleichbar mit A-).

Das Kreditverlustrisiko war über 22 Länder gestreut, wobei nicht mehr als 8,6 Prozent des Risikos auf ein Land entfielen. Die einzige Ausnahme sind die Vereinigten Staaten mit 38,1 Prozent (der gleiche Wert wie 1999).

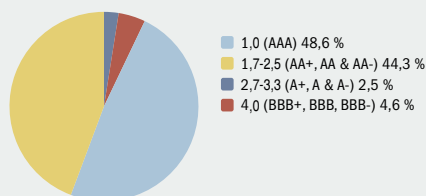
Vor allem im Bereich der Derivatstransaktionen im Freiverkehr gab es aktive Bemühungen um Abfederungstechniken für das Kreditrisiko. Zum Jahresende 2000 waren 94,6 Prozent der Bruttokreditrisiken bei Freiverkehrsderivaten-Transaktionen mit Partnern, mit denen sowohl eine Rahmenvereinbarung (*Master Agreement/MA*) als auch eine Kreditsicherungsabsprache (*Credit Support Annex/CSA*) getroffen worden war.

Die Steuerung der operativen Risiken für die Transaktionen der Finanzabteilung der EBWE hat sich bisher auf die Risiküberwachung und die -abfederung konzentriert, da geeignete Quantifizierungstechniken für die Risikomessung im Sektor im allgemeinen

³ Der VaR des auf US-Dollar lautenden Programms wird durch einen externen Informationsdienst für Risiken berechnet.

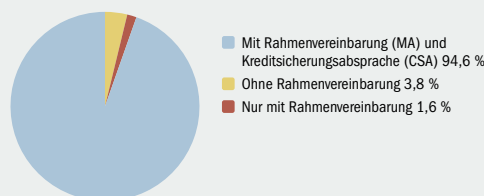
Kreditqualitätsprofil des Portfolios der Finanzabteilung

31. Dezember 2000



Engagement bei Derivattransaktionen im Freiverkehr*

31. Dezember 2000



* Die Prozentangaben beziehen sich auf das täglich neu bewertete Bruttoengagement.

noch erörtert werden. Besonderes Augenmerk wurde darauf gerichtet, sicherzustellen, dass das Prinzip der Aufgabentrennung für alle Phasen der Arbeitsabläufe einer Transaktion eingehalten wird.

Die EBWE hat all ihre strategischen Systeme einer Überprüfung unterzogen und in einem bankweit angewandten Verfahren, das sowohl die Finanzabteilung als auch den Bereich Banking umfasst, eine Auswechslung ihrer Abwicklungs- und Hauptbuchsysteme in Gang gesetzt.

In regelmäßigen Abständen werden Risikokartierungen erarbeitet und dem Rechnungsprüfungsausschuss des Direktoriums vorgelegt. Dabei konzentrieren sich die Gespräche mehr und mehr auf das operative Risiko und die von der EBWE genutzten Unterkategorien (System-, Transaktions-, operatives Kontrollrisiko und mit menschlichem Fehlverhalten verbundenes Risiko). Außerdem werden gegenwärtig die bei der Überwachung der Transaktionen der Finanzabteilung angewandten Indikatoren des operativen Risikos überprüft.

Ergebnisse

Die Finanzabteilung erzielte im Jahr 2000 mit einem Gewinn in Höhe von 73,7 Millionen Euro nach Rückstellungen (1999: 54,3 Millionen Euro) überzeugende Ergebnisse. Diese Zunahme ist in der Hauptsache auf verbesserte Spannerträge aus dem Anlageportfolio der Finanzabteilung zurückzuführen, wo Finanzanlagen unter schwankenden Marktbedingungen zu einmalig breiten Spannen zur Verfügung standen.

Finanzierung

Kapital

Das eingezahlte Kapital belief sich zum 31. Dezember 2000 und zum 31. Dezember 1999 auf insgesamt 5,2 Milliarden Euro. Inzwischen haben alle Mitglieder bis auf drei die Kapitalerhöhung gezeichnet und Zeichnungsurkunden für 982.300 Anteile hinterlegt (1999: 972.200). Damit stieg die Zahl der gezeichneten Anteile der EBWE auf nahezu 2,0 Millionen. Die dritte Rate der

Kapitalerhöhung wurde im April 2000 fällig, und das eingegangene eingezahlte Kapital nahm kumulativ auf 3,8 Milliarden Euro zu, verglichen mit 3,5 Milliarden Euro Ende 1999.

Überfälliges Kapital in Form von Barmitteln und Schuldscheinen belief sich Ende 2000 auf 24,6 Millionen Euro (1999: 31,9 Millionen Euro), davon rund 17,9 Millionen Euro in Verbindung mit der Kapitalerhöhung. Weitere Einlösungen hinterlegter Schuldscheine in Höhe von 5,5 Millionen Euro sind ebenfalls überfällig, davon 3,1 Millionen Euro in Verbindung mit der Kapitalerhöhung.

Kapitalausstattung

Bei der Umsetzung ihrer operativen Strategie lässt sich die EBWE bei der Kapitalverwendung durch satzungsmäßige und finanzpolitische Parameter leiten. Der finanzielle Spielraum ist der Betrag, der der Bank für die Zusage neuer Darlehen, Kapitalanlagen und Garantien zur Verfügung steht, bevor sie die Grenze ihres Verschuldungsgrads von 1:1 erreicht. Dieser Verschuldungsgrad bedeutet, dass der Gesamtbetrag ausstehender Darlehen, Kapitalanlagen und Garantien der Bank in ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit den Gesamtbetrag des ungeminderten gezeichneten Kapitals, der Rücklagen und Überschüsse nicht überschreiten darf.

Gemäß den Bestimmungen von Artikel 5.3 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank begann die EBWE im Jahr 2000 mit einer Überprüfung ihres Stammkapitals, die im Jahresverlauf 2001 abgeschlossen wird. Die herkömmliche Messung des Spielraums der Kapitalausstattung wurde überprüft und darüber hinaus durch eine risikobasierte Analyse unter Nutzung des eigenen Risikokapitalmodells der Bank ergänzt.

Kreditaufnahme

Die EBWE lässt sich in ihrer Kreditaufnahmepolitik von zwei wichtigen Prinzipien leiten. Erstens: Sie bemüht sich um kongruente mittlere Laufzeiten ihrer Aktiva und Passiva, um die Refinanzierungsrisiken zu minimieren. Zweitens: Sie bemüht sich darum, die Verfügbarkeit langfristiger Mittel mit optimaler Kosteneffizienz für die EBWE sicherzustellen.

Die gesamten Kreditaufnahmen beliefen sich zum 31. Dezember 2000 auf 14,1 Milliarden Euro, gegenüber 1999 eine Zunahme von 1,5 Milliarden Euro. Im Rahmen des mittel- bis langfristigen Kreditaufnahmeprogramms gab es 38 Neuemissionen; die mittleren Kosten nach Swap lagen bei Libor minus 31 Basispunkten. Die mittlere verbleibende Laufzeit mittel- bis langfristiger Fremdmittel wurde im Lauf des Jahres verlängert und betrug zum 31. Dezember 2000 9,5 Jahre (1999: 8,1 Jahre).

Zusätzlich zu mittel- bis langfristigen Fremdmitteln enthält die Zahl für die gesamte Kreditaufnahme außerdem als verbrieftete Schulden eingeordnete kurzfristige Fremdmittel, die die Bank zum Zweck der Liquiditätssteuerung aufnimmt.

Aufwendungen

Auf Pfund Sterling lautende allgemeine Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen lagen im Jahr 2000 bei 129,5 Millionen GBP. Sie hielten sich im Rahmen des Budgets und entsprachen denen früherer Jahre (1999: 129,4 Millionen GBP). Das ist ein Ergebnis anhaltender Budgetdisziplin, effektiver Kostenkontrollen und eines proaktiven Kostendeckungsprogramms. In Euro ausgedrückt lagen die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen der EBWE einschließlich Abschreibungen bei 192,1 Millionen Euro (1999: 172,8 Millionen Euro).

Der Anstieg in Euro war auf die höheren effektiven Umtauschrate Pfund Sterling/Euro während des Geschäftsjahres zurückzuführen; der Mittelwert betrug 1,64 Euro pro Pfund gegenüber 1,53 im Jahr 1999. Die EBWE pflegt Devisenkontrakte einzugehen, um die Auswirkung eines stärkeren Pfundes gegenüber dem Euro auf die weitgehend auf Sterling lautenden Kosten zu minimieren, daher lag der von der Bank erreichte effektive gewichtete Mittelwert bei der Umrechnung in Euro für Berichtszwecke niedriger. Aus diesem Grund wurde im Jahr 2000 für Aufwendungen eine gewichtete mittlere Euro/Sterling-Umtauschrate von 1,52 erzielt (1999: 1,36), was zu einer Kostenverringerung in Höhe von 15,0 Millionen Euro führte, verglichen mit 20,3 Millionen Euro im Jahr 1999.

Außerdem schloss die EBWE eine Reihe von Devisentermingeschäften ab, um die Kosten der für zukünftige allgemeine Verwaltungsaufwendungen erforderlichen Pfund Sterling abzusichern. Sicherungen bestehen für etwa 42 Prozent des Aufwendungsbudgets für 2001. Zum 31. Dezember 2000 wies der Marktwert dieser Optionen einen Gewinn in Höhe von 12,8 Millionen Euro aus (1999: 24,6 Millionen Euro). In Übereinstimmung mit den Rechnungslegungsgrundsätzen der Bank wurde dieser Gewinn abgegrenzt und wird in späteren Jahren in der Bilanz ausgewiesen.

Rückstellungen

Die allgemeine Rückstellungspraxis der EBWE für nichtstaatliche Engagements stützt sich auf eine Risikoeinstufungsmethode, die von der unabhängigen Abteilung Risikomanagement der Bank vorgelegt wird und zum Ende des Monats der Auszahlung zur Anwendung kommt. Für staatliche Projekte wird eine pauschale allgemeine Rückstellung in Höhe von 3 Prozent der ausgezahlten Engagements für Risiken vorgenommen, wobei der der Bank durch ihre Mitglieder eingeräumte Status eines bevorzugten Gläubigers berücksichtigt wird. Die EBWE nimmt nach Bedarf von Fall zu Fall Einzelrückstellungen vor. Rückstellungen richten sich nach den Nettoauszahlungen zum relevanten Stichtag.

Die Anwendung der Rückstellungsgrundsätze der EBWE führte für das Jahr zu einer Belastung in Höhe von 174,3 Millionen Euro, die um 8 Prozent über der für 1999 in Höhe von 160,9 Millionen Euro liegt. Die Rückstellungen für den Bereich Banking lagen für das Geschäftsjahr bei 167,2 Millionen Euro, verglichen mit 166,2 Millionen Euro für 1999, und die der Finanzabteilung (siehe unten) beliefen sich auf 7,2 Millionen Euro (1999: 5,3 Millionen Euro). Obwohl die gesamten Rückstellungen für den Bereich Banking etwa das Niveau des Vorjahres erreichten, hatte sich die Zusammensetzung aus einzelnen und allgemeinen Rückstellungen verändert. Der Anteil der Einzelrückstellungen im Jahr 2000 betrug 62 Prozent (1999: 86 Prozent) und spiegelte die besseren Portfolioergebnisse und die verbesserte Beitreibung von Vermögenswerten wider. Der Anteil der allgemeinen Rückstellungen an den Gesamtrückstellungen des Bereichs Banking lag 2000 bei 38 Prozent (1999: 14 Prozent). Dies war auf eine Reihe von Projekten, die nach Restrukturierung aus den Einzel- in die allgemeinen Rückstellungen zurückkehrten, sowie auf einige Projektherabstufungen im Portfolio zurückzuführen.

Infolge dieser Belastungen für das Jahr 2000 erreichten die gesamten Rückstellungen für die Tätigkeit des Bereichs Banking die Höhe von 1,2 Milliarden Euro, das entspricht 15,8 Prozent des ausgezahlten Portfolios der Darlehen und Kapitalanlagen (1999: 1,1 Milliarden Euro bzw. 16,2 Prozent).

Rückstellungen in Verbindung mit dem Portfolio der Finanzabteilung beliefen sich zum Jahresende 2000 auf 13,2 Millionen Euro (1999: 6,3 Millionen Euro).

Aussichten für das Jahr 2001

Das Budget der EBWE sieht einen Gewinn für 2001 vor, obwohl dieser deutlich unter dem Niveau des Jahres 2000 liegen dürfte. Die Ergebnisse für das Jahr 2001 sind anfällig für andauernde Ungewissheiten im operativen Umfeld, insbesondere für die Auswirkungen des gegenwärtigen Abschwungs der Weltwirtschaft und eine verminderte Robustheit der Aktienmärkte.

Zusätzliche Berichterstattung und Offenlegung

Durch Berichterstattung und Offenlegung übernimmt die EBWE die Berichtspflichten der Finanzinstitute im Privatsektor. Das entspricht ihrem Grundsatz, sich an die Bestenpraxis im Sektor zu halten.

Prinzipien des Finanz- und Risikomanagements

Die Finanzpolitik der EBWE folgt den Richtlinien des soliden Finanzmanagements und baut auf dem Übereinkommen zur Errichtung der Bank auf. Sie stellt das finanzielle Rahmenwerk bereit, in dem die Bank ihr Mandat ausübt.

Das Finanzmanagement der EBWE hat folgende Ziele:

- Streben nach finanzieller Tragfähigkeit;
- Bildung von Rücklagen und Sicherstellung nachhaltiger Rentabilität;
- Markt- und Ergebnisorientierung bei allen Aktivitäten;
- Arbeit in einem umfassenden Rahmen des Risikomanagements; und
- Sicherstellung von Transparenz und Einhaltung der Rechenschaftspflicht auf allen Ebenen sowie Unterstützung einer effektiven Unternehmensführung.

Die Finanzpolitik der EBWE legt die an die Tätigkeit des Bereichs Banking und der Finanzabteilung anzulegenden Finanz- und Risikoparameter fest. Dazu gehören Rückstellungs-, Preisfestsetzungs- und Liquiditätsgrundsätze sowie die Vollmacht der Finanzabteilung. Die Rückstellungsgrundsätze bestimmen für alle Vermögenswerte die Höhe der allgemeinen Rückstellungen und das Verfahren der Einstellung von Einzelrückstellungen. Die Preisfestsetzungsgrundsätze regeln die an die Konditionen von Darlehen, Garantien und Kapitalanlagen anzulegenden Erwägungen und Parameter. Die Liquiditätsgrundsätze bestimmen den von der Bank benötigten Betrag liquider Mittel. Darüber hinaus regelt die Finanzpolitik die Kapitalverwendung, setzt die Parameter für das Portfoliorisiko der Banking-Tätigkeit, die Sicherungsgrundsätze, die Anlagebewertung, Veräußerungsverfahren und -strategien, die Übernahme von Emissionen, das Risikomanagement und die Grundsätze der Unternehmensführung.

Die Vollmacht der Finanzabteilung ist das Dokument, kraft dessen das Direktorium dem Vizepräsidenten für Finanzen die Vollmacht überträgt, die Geschäfte der Finanzabteilung der EBWE zu führen, und in dem die bei dieser Aktivität einzuhaltenden Risikoparameter beschrieben werden. Das Kreditverfahren beschreibt die Verfahren für Bewilligung, Management und Überprüfung der Engagements der Bank. Der Ausschuss für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit prüft die Vollmacht der Finanzabteilung, und der Rechnungsprüfungsausschuss der Bank prüft das Kreditverfahren. Beide werden dem Direktorium zur Bewilligung unterbreitet. Die unabhängige Abteilung Risikomanagement der EBWE unter Vorsitz eines Mitglieds des Exekutivausschusses der Bank ist bestrebt sicherzustellen, dass alle Risiken richtig erkannt und durch umfassende und strikt angewendete Verfahren angemessen gesteuert und abgedeckt werden.

Die EBWE ist sowohl in der Tätigkeit des Bereichs Banking als auch in den Aktivitäten der Finanzabteilung Kreditrisiken ausgesetzt. Kreditrisiken ergeben sich, da Kreditnehmer und Partner der Finanzabteilung bei ihren vertraglichen Verpflichtungen in Verzug geraten oder der Wert einer Investition der Bank beeinträchtigt werden könnten. Das Portfolio des Bereichs Banking enthält die meisten Kreditrisiken. Alle ordentlichen Projekte werden in regelmäßigen Abständen überprüft, damit umgehend erkannt wird, ob Veränderungen bei den zugeordneten Risikoeinstufungen vorzunehmen und welche Maßnahmen zur Abfederung vergrößerter Risiken erforderlich sind.

Das Hauptverlustrisiko der EBWE am Markt besteht darin, dass Veränderungen von Zinssätzen und Wechselkursen die Positionen, die die Bank in ihrem Finanzabteilungsportfolio übernommen hat, negativ beeinflussen könnten. Die EBWE ist bestrebt, Marktrisiken im Portfolio der Vermögenswerte und Kreditaufnahmen der Finanzabteilung durch aktive Aktiva- und Passivsteuerung und das Management der Wechselkursrisiken so weit wie möglich zu steuern. Zinsschwankungsrisiken werden durch eine Zusammensetzung synthetischer Kongruenzen der Zinsprofile von Aktiva und Passiva gesteuert, vor allem durch den Gebrauch von Derivaten zu Sicherungszwecken. Die Messungen der Wechselkurs- und Zinsschwankungsrisiken unterliegen nicht der Finanzabteilung, um die Einhaltung der genehmigten Grenzwerte, unter anderem des VaR, sicherzustellen.

In Übereinstimmung mit dem Ziel der Kapitalerhaltung der EBWE, insbesondere im Hinblick auf das Portfolio der Finanzabteilung, werden Sensitivitäten gegenüber Risikofaktoren im Markt, VaR- und Belastungstestangaben als Risiken oberhalb des auf Libor gestützten Maßstabs der Bank für Investitionen berechnet.¹ Die Bank achtet besonders darauf, dass die eingegangenen Marktrisiken die Grenzen der Risikobereitschaft der Bank nicht überschreiten, daher werden VaR-Tendenzen und Stresstests sorgfältig überwacht.

Das operative Risiko wird durch die Untersuchung aller Aspekte der Risikoanfälligkeit von Engagements bestimmt, die nicht in den Bereich des Kredit- und Marktrisikos fallen. Dies umfasst die Risiken durch Verluste, die durch Irrtümer oder Unterlassungen bei der Bearbeitung und Abwicklung von Transaktionen, beim Ausweis von Finanzergebnissen oder durch Versagen der Kontrollen entstehen.

Die Grundsätze und Verfahren der EBWE decken alle wichtigen Aspekte des operativen Risikos ab. Dazu gehören vor allem der hohe Standard der Geschäftsethik der Bank und das bewährte System wechselseitiger interner Kontrollen und der Trennung von Zuständigkeitsbereichen, die die EBWE im Anfangsstadium vor allen operativen Risiken schützen. Dazu kommen:

- der Verhaltenskodex der EBWE;
- Planung für die Beirichtung im Falle von Katastrophen und für Eventualfälle;
- Grundsätze zur Veröffentlichung von Informationen;
- Integrität der Verfahren im Rahmen der Sorgfaltspflicht;
- Verfahren im Hinblick auf korrupte Verhaltensweisen und Geldwäsche;
- Verfahrensregelungen in Fällen von Betrug oder Betrugsverdacht;
- Grundsätze für die Informationstätigkeit; und
- Beschaffungsgrundsätze.

Außerdem überwacht die Bank die Fortschritte im Risikosteuerungsbereich im Rahmen des 1995 eingeführten Programms für Verbesserungen der Risiko-steuerung bei Transaktionen der Finanzabteilung (Risk Management Enhancement Programme for Treasury Transactions). Ziel dieses laufenden Programms ist es, sicherzustellen, dass das Vorgehen der EBWE beim Management von Markt- und Kreditrisiken sowie operativen Risiken in der Tätigkeit der Finanzabteilung der jeweiligen besten Marktpraxis im Sektor entsprechen. Der Stand der Entwicklung bei der Messung, Überwachung und Abfederung dieser Risiken wird in regelmäßigen Abständen durch den Rechnungsprüfungsausschuss des Direktoriums der Bank überprüft.

¹ Ein VaR von Null wäre z. B. gleichbedeutend mit dem Fehlen aller Wechselkursrisiken und würde darauf hindeuten, dass das Zinsrisiko der Aktiva vollkommen dem der Passiva der Bank entspricht.

Nutzung von Derivaten

Die EBWE benutzt Derivate vor allem zur Absicherung gegen Zins- und Währungsrisiken, die im Rahmen ihrer Aktivitäten im Bereich Banking und der Finanzabteilung auftreten. Die sich in Derivaten ausdrückenden Marktbewertungen sind Bestandteil der Aktivitäten der Finanzabteilung. Darüber hinaus nutzt die Bank Kreditderivate als Alternative zu Investitionen in bestimmte Wertpapiere oder zur Absicherung bestimmter Engagements.

Alle Risiken aus derivativen Instrumenten werden mit solchen kombiniert, die sich aus anderen von den gleichen zugrunde liegenden Risikofaktoren und den gleichen allgemeinen Markt- und Kreditrisikobegrenzungen abhängigen Instrumenten ergeben. Darüber hinaus werden derivatspezifische Risiken besonders sorgfältig beobachtet. Das erfolgt zum Beispiel durch die Überwachung der Volatilitätsrisiken für Optionen, der Margenrisiken für Swaps und Basisrisiken für Terminkontrakte.

Um die Kreditrisiken in den Transaktionen der Finanzabteilung kontrollieren zu können, ist es in der EBWE üblich, allen einzelnen Vertragspartnern im Voraus eine Bewilligung zu erteilen und ihre Eignung in regelmäßigen Abständen zu überprüfen. Begrenzungen für einzelne Parteien erfolgen in Übereinstimmung mit Richtlinien, die auf der Grundlage der Kreditwürdigkeit der Parteien den Höchstumfang und die Höchstdauer des Engagements festlegen.

Insbesondere Derivatstransaktionen sind normalerweise auf Parteien mit erstklassiger Kreditwürdigkeit beschränkt. Darüber hinaus achtet die EBWE sehr sorgfältig auf die weitere Abfederung der Kreditrisiken von Derivaten der Finanzabteilung, indem sie systematisch auf eine Vielzahl von Mechanismen zurückgreift. Derivatstransaktionen im Freiverkehr werden grundsätzlich durch Rahmenvereinbarungen dokumentiert, die die Verrechnung durch Glattstellung vorsehen. Die Bank ist bestrebt, den Anwendungsbereich dieser Bestimmung durch Dokumentation eines möglichst breiten Spektrums der mit einer gegebenen Partei im Rahmen einer einzelnen auf den Bestimmungen der Internationalen Vereinigung für Swaps und Derivate aufbauenden Globalvereinbarung gehandelten Instrumente zu erweitern.

Die EBWE hat den Einsatz von Besicherungsvereinbarungen in Verbindung mit ihrer Tätigkeit mit Derivaten im Freiverkehr laufend erweitert. Zum Jahresende 2000 waren 95 Prozent der Bruttoengagements mit Derivatparteien Gegenstand von Besicherungsvereinbarungen, und mit allen verbleibenden aktiven Parteien waren Verhandlungen über die Unterzeichnung solcher Vereinbarungen im Gange.

Unternehmensführung

Die EBWE setzt sich für eine effektive Unternehmensführung ein, bei der Zuständigkeiten und die damit verbundenen Kontrollen in der gesamten Bank eindeutig festgelegt und voneinander abgegrenzt sind. Transparenz und Rechenschaftspflicht sind integrale Bestandteile der Rahmenbestimmungen für die Unternehmensführung. Diese Struktur wird darüber hinaus durch ein System der Berichterstattung gestützt, in dem die Informationen eigens auf die verschiedenen Zuständigkeitsbereiche innerhalb der EBWE zugeschnitten sind, denen sie zugeleitet werden. Auf diese Weise kann das System der gegenseitigen Kontrolle bei den Aktivitäten der Bank reibungslos funktionieren.

Das grundlegende Regelwerk der EBWE ist das Übereinkommen zur Errichtung der Bank, das vorsieht, dass sie über einen Gouverneursrat, ein Direktorium, einen Präsidenten, Vizepräsidenten sowie leitende und sonstige Bedienstete verfügt.

Sämtliche Befugnisse der EBWE liegen beim Gouverneursrat, der die 62 Anteilseigner der Bank vertritt. Mit Ausnahme bestimmter ihm vorbehaltenen Vollmachten hat der Gouverneursrat die Ausübung seiner Befugnisse auf das Direktorium übertragen, behält jedoch die allgemeine Weisungsgewalt.

Das Direktorium und seine Ausschüsse

Das Direktorium unterliegt der allgemeinen Weisungsgewalt des Gouverneursrats. Vorbehaltlich dieser ist es für die Leitung der allgemeinen Geschäftstätigkeit und Grundsätze der EBWE verantwortlich und übt zu diesem Zweck die ihm im Übereinkommen ausdrücklich zugeteilten und die ihm vom Gouverneursrat übertragenen Befugnisse aus. Zu seiner Unterstützung hat das Direktorium drei Ausschüsse gebildet:

- den Finanzprüfungsausschuss;
- den Ausschuss für Budget- und Verwaltungsangelegenheiten; und
- den Ausschuss für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit.

Die Zusammensetzung dieser Ausschüsse im Jahr 2000 ist auf Seite 111 im einzelnen aufgeführt.

Der Präsident und der Exekutivausschuss

Der Präsident wird vom Gouverneursrat gewählt und ist der gesetzliche Vertreter der EBWE. Er führt die laufenden Geschäfte der Bank nach den Weisungen des Direktoriums.

Der Exekutivausschuss besteht aus den Mitgliedern der Führungsspitze der Bank und steht unter dem Vorsitz des Präsidenten.

Berichterstattung

Die Führungsstruktur der Bank wird durch eine angemessene Finanz- und Managementberichterstattung unterstützt. Die Bank ist bestrebt, durch ihre Finanzberichterstattung die notwendigen Informationen über Risiken und Ergebnisse ihrer Tätigkeit bereitzustellen und bei der Erarbeitung ihrer für die Öffentlichkeit bestimmten diesbezüglichen Berichte die Prinzipien der besten Praxis anzuwenden. Darüber hinaus verfügt die Bank über ein umfassendes System der Berichterstattung an das Direktorium und dessen Ausschüsse. Dem Management stehen detaillierte Informationen zur Verfügung, damit es die Umsetzung der Geschäftspläne und die Einhaltung von Budgets überwachen kann.

Vergütungsgrundsätze

Im Rahmen ihres Status als multilaterale Institution hat die Bank eine marktorientierte Vergütungspolitik entwickelt, um den folgenden Zielstellungen gerecht zu werden:

- Wettbewerbsfähigkeit, um hochqualifizierte Spitzenkräfte anzuwerben und an sich binden zu können;
- Berücksichtigung verschiedener Zuständigkeitsebenen;
- ausreichende Flexibilität, um rasch auf den Markt reagieren zu können; und
- Schaffung von Anreizen für ausgezeichnete Leistungen.

Um diese Zielsetzungen zu unterstützen, haben die Anteilseigner der Bank der Anwendung von Marktkriterien auf die Mitarbeitervergütung zugestimmt. Gehälter und Bonuszahlungen sind leistungsorientiert.

Durch Zuwendungen aus dem Bonusfonds sollen die Beiträge einzelner Mitarbeiter oder Teams zu den Gesamtergebnissen der Bank anerkannt werden. Die Bonuszahlungen sind zwar ein wichtiger Bestandteil der gesamten Mitarbeitervergütung, beschränken sich jedoch auf einen bestimmten Prozentsatz des Grundgehalts. In der Regel gehen sie nicht über 30 Prozent des Grundgehalts hinaus.

Das Direktorium der EBWE, der Präsident und die Vizepräsidenten erhalten keine Zuwendungen aus dem Bonusprogramm. Die an das Direktorium und den Präsidenten gezahlte Vergütung wird vom Gouverneursrat festgelegt, über die der Vizepräsidenten entscheidet das Direktorium.

Jahresabschluss

Gewinn- und Verlustrechnung

für das am 31. Dezember 2000 abgelaufene Geschäftsjahr	Anmerkung	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2000 000 Euro	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1999 000 Euro
Zinsen und zinsähnliche Erträge			
aus Darlehen		410.190	297.073
aus festverzinslichen Schuldtiteln sowie sonstige Zinsen		581.345	368.377
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		(718.223)	(478.885)
Nettozinserträge		273.312	186.565
Dividendenerträge		28.081	13.899
Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen	4	29.379	25.847
Finanzgeschäfte			
Nettoerträge aus dem Verkauf von Aktienanlagen		166.770	128.530
Gewinn (netto) aus Handels- und Devisengeschäften	5	21.685	21.584
Betriebliche Erträge		519.227	376.425
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	6	(179.002)	(159.685)
Abschreibungen	12	(13.099)	(13.162)
Betriebsgewinn vor Wertberichtigungen		327.126	203.578
Wertberichtigungen für Verluste	7	(174.334)	(160.911)
Gewinn für das Jahr		152.792	42.667

Bilanz

zum 31. Dezember 2000	Anmerkung	000 Euro	31. Dezember 2000 000 Euro	000 Euro	31. Dezember 1999 000 Euro
Aktiva					
Platzierungen und Schuldtitel					
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)		5.344.328		2.773.490	
Schuldtitel	8	7.075.502		7.865.490	
			12.419.830		10.638.980
Sonstige Aktiva	9		763.672		994.620
Darlehen und Aktienanlagen					
Darlehen	10	4.940.425		4.756.369	
Aktienanlagen	10	1.386.372		1.238.960	
			6.326.797		5.995.329
Sachanlagen, Technik und Büroausstattung	12		38.894		41.009
Ausstehendes eingezahltes Kapital	15		1.740.817		1.924.695
Summe der Aktiva			21.290.010		19.594.633
Passiva					
Aufgenommene Gelder					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		455.745		743.657	
Verbriefte Verbindlichkeiten	13	13.621.661		11.818.129	
			14.077.406		12.561.786
Sonstige Passiva	14		1.960.609		1.961.040
Gezeichnetes Kapital	15	19.742.750		19.640.750	
Abrufbares Kapital		(14.556.615)		(14.477.645)	
Eingezahltes Kapital			5.186.135		5.163.105
Rücklagen und Gewinn für das Jahr			65.860		(91.298)
Eigenkapital der Mitglieder			5.251.995		5.071.807
Summe der Verbindlichkeiten und Eigenkapital der Mitglieder			21.290.010		19.594.633
Bilanzvermerke					
Nichtabgerufene Zusagen	11		4.655.228		3.880.872

Ausweis der Veränderungen im Eigenkapital der Mitglieder

für das am 31. Dezember 2000 abgelaufene Geschäftsjahr	Gezeichnetes Kapital 000 Euro	Abrufbares Kapital 000 Euro	Rücklage für Umrechnungs- differenzen 000 Euro	Allgemeine Rücklage 000 Euro	Sonder- rücklage 000 Euro	Aufgelaufene Rücklage 000 Euro	(Verlust)/ Gewinn für das Jahr 000 Euro	Rücklagen und Gewinn für das Jahr 000 Euro	Insgesamt 000 Euro
Stand 31. Dezember 1998	19.290.750	(14.206.395)	57.854	24.366	96.383	(60.412)	(256.146)	(137.955)	4.946.400
Wechselkursdifferenzen bei der Umrechnung der Kapitaleinlagen	-	-	(895)	-	-	-	-	(895)	(895)
Interner Steueraufwand für das Geschäftsjahr	-	-	-	4.885	-	-	-	4.885	4.885
Designierte Gebühren aus dem Vorjahresergebnis	-	-	-	-	19.327	(19.327)	-	-	-
(Verlust) Zuführungen aus dem Vorjahresergebnis	-	-	-	-	-	(261.233)	261.233	-	-
Zuweisung an die Rücklage aus dem Neuausweis des Pensionsfonds	-	-	-	-	-	5.087	(5.087)	-	-
Kapitalerhöhung	350.000	(271.250)	-	-	-	-	-	-	78.750
Gewinn für das Jahr	-	-	-	-	-	-	42.667	42.667	42.667
Stand 31. Dezember 1999	19.640.750	(14.477.645)	56.959	29.251	115.710	(335.885)	42.667	(91.298)	5.071.807
Interner Steueraufwand für das Geschäftsjahr	-	-	-	4.366	-	-	-	4.366	4.366
Designierte Gebühren aus dem Vorjahresergebnis	-	-	-	-	9.848	(9.848)	-	-	-
Gewinnzuführungen aus dem Vorjahresergebnis	-	-	-	-	-	42.667	(42.667)	-	-
Kapitalerhöhung	102.000	(78.970)	-	-	-	-	-	-	23.030
Gewinn für das Jahr	-	-	-	-	-	-	152.792	152.792	152.792
Stand 31. Dezember 2000	19.742.750	(14.556.615)	56.959	33.617	125.558	(303.066)	152.792	65.860	5.251.995

In die Rücklage für Umrechnungsdifferenzen werden die Unterschiedsbeträge eingestellt, die sich aus der Umrechnung von nicht auf Euro lautenden Kapitaleinlagen ergeben. Es ist übliche Praxis der Bank, Devisenterminkontrakte abzuschließen, um den Euro-Wert der zukünftigen auf US-Dollar und japanische Yen lautenden Kapitalzeichnungen festzulegen. Unterschiedsbeträge zwischen den durch diese Kontrakte erworbenen Euro-Beträgen zum einen und den durch die festen Wechselkurse bestimmten Euro-Beträgen zum anderen werden direkt in die Rücklage für Umrechnungsdifferenzen eingestellt.

Die allgemeine Rücklage besteht aus den gemäß Artikel 53 des Übereinkommens gezahlten internen Steuern. Gemäß dem Artikel unterliegen alle Direktoren, Stellvertretenden Direktoren, leitende und sonstige Mitarbeiter der Bank einer von der Bank erhobenen internen Besteuerung aller von ihr gezahlten Gehälter und Bezüge. Gemäß Übereinkommen verbleibt der Bank die zu ihren Gunsten einbezogene interne Steuer. Laut Artikel 53 des Übereinkommens, ergänzt durch Artikel 16 des Sitzabkommens, sind die von der Bank gezahlten Gehälter und Bezüge von der Einkommensteuer im Vereinigten Königreich freigestellt.

Gemäß Übereinkommen wird eine Sonderrücklage zum Ausgleich dort näher bestimmter Verluste der Bank gebildet. Entsprechend den Finanzrichtlinien der Bank erfolgt die Dotierung der Rücklage durch Einstellung des Gesamtbetrags aller der Bank aus dem Darlehens-, Garantie- und Emissionsgeschäft zufließenden designierten Gebühren und Provisionen, bis die Sonderrücklage nach Feststellung des Direktoriums eine angemessene Höhe erreicht hat. Gemäß Übereinkommen ist vorgesehen, den Betrag von 11,0 Millionen Euro (1999: 9,8 Millionen Euro), bestehend aus den für das am 31. Dezember 2000 abgelaufene Jahr eingegangenen designierten Gebühren und Provisionen, aus dem Gewinn für das am 31. Dezember abgelaufene Jahr im Jahr 2001 einzubehalten und in die Sonderrücklage zu überstellen.

Der Verlustvortrag der aufgelaufenen Rücklage aus früheren Jahren entspricht den aufgelaufenen Verlusten nach Zuweisung der designierten Gebühren- und Provisionseinkünfte in die Sonderrücklage.

Kapitalflussrechnung

für das am 31. Dezember 2000 abgelaufene Geschäftsjahr	000 Euro	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2000 000 Euro	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1999 000 Euro
Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit			
Gewinn für das Geschäftsjahr	152.792		42.667
Anpassungen für:			
Rückstellungen für Verluste	174.334		160.911
Abschreibungen auf Sachanlagen	13.099		13.162
Realisierte (Gewinne) aus Aktienanlagen	(166.770)		(128.530)
Interner Steueraufwand	4.366		4.885
Unrealisierte (Gewinne) auf den Handelsbestand	(2.389)		(3.172)
Realisierte (Gewinne) auf das Anlageportfolio	(1.829)		(2.764)
Devisenschwankungen von Rückstellungen	37.562		59.658
Gewinn vor Änderungen im Betriebsvermögen	211.165		146.817
Abnahme/(Zunahme) des Betriebsvermögens:			
Zinsforderungen und Aufwandsabgrenzungen	8.033		(137.778)
Nettoabnahme der Positionen im Handelsbestand	41.251		303.129
Zunahme der Betriebspassiva:			
Zinsaufwand und aufgelaufene Kosten	130.649		298.588
Mittelbereitstellung aus laufender Geschäftstätigkeit		391.098	610.756
Cashflow aus der Investitionstätigkeit			
Mittelzufluss aus Rückzahlung von Darlehen	1.410.119		1.427.841
Platzierungen (netto) bei Kreditinstitutionen	(21.197)		1.128.166
Mittelzufluss aus dem Verkauf von Aktienanlagen	253.175		259.012
Mittelzufluss aus Verkauf von Wertpapieren aus Anlagebestand	3.129.471		1.958.576
Kauf von Anlagepapieren	(2.244.432)		(4.604.509)
Mittelabfluss für Darlehen und Erwerb von Aktien und Anteilspapieren	(2.190.162)		(2.740.571)
Kauf von Sachanlagen, Technik und Büroausstattung	(10.984)		(10.849)
Mittelherkunft (Mittelverwendung) aus laufender Investitionstätigkeit		325.990	(2.582.334)
Cashflow aus Finanzgeschäften			
Kapitaleinzahlungen	206.907		153.140
Rücklagen für Umrechnungsdifferenzen	-		(895)
Emission verbriefter Verbindlichkeiten	4.721.974		4.871.412
Tilgung verbriefter Verbindlichkeiten	(2.910.913)		(2.284.950)
Mittelherkunft (netto) aus Finanzgeschäften		2.017.968	2.738.707
Zunahme (netto) der liquiden Mittel und gleichgestellter Aktiva		2.735.056	767.129
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zu Beginn des Jahres		2.132.329	1.365.200
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum 31. Dezember ¹		4.867.385	2.132.329

¹ Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva umfassen folgende im Verlauf von 3 Monaten fällige Beträge:

	2000 000 Euro	1999 000 Euro
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	5.182.779	2.710.356
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(315.394)	(578.027)
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum 31. Dezember	4.867.385	2.132.329

Anmerkung: Geschäftsgewinne schließen eingegangene Dividenden von 28,1 Millionen Euro ein (1999: 13,9 Millionen Euro).

Anmerkungen zum Jahresabschluss

1 Errichtung der Bank

i Übereinkommen zur Errichtung der Bank

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung („die Bank“), mit Hauptsitz in London, ist eine gemäß dem Übereinkommen zur Errichtung der Bank („das Übereinkommen“) vom 29. Mai 1990 geschaffene internationale Organisation. Zum 31. Dezember 2000 waren 59 Länder sowie die Europäische Gemeinschaft und die Europäische Investitionsbank Anteilseigner der Bank.

ii Sitzabkommen

Der Status, die Vorrechte und die Immunitäten der Bank sowie der mit ihr verbundenen Personen im Vereinigten Königreich sind im Sitzabkommen zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Bank („Sitzabkommen“) festgelegt. Das Sitzabkommen wurde bei Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Bank am 15. April 1991 in London unterzeichnet.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

i Generalnorm

Der Jahresabschluss entspricht den Rechnungslegungsgrundsätzen der Bank, die mit den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen (IAS) sowie den Vorgaben der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten übereinstimmen.

Mit Ausnahme von Schuldtiteln und damit verbundenen Derivaten, die zu Handelszwecken gehalten und zu Marktpreisen ausgewiesen werden, und von Grundbesitz, der zum Marktpreis gehalten wird, wird die Bilanz der Bank auf Anschaffungskostenbasis erstellt. Finanzielle Aktiva und Passiva werden in die Bilanz aufgenommen, wenn damit verbundene Risiken und Vergütungen übernommen worden sind.

ii Fremdwährungen

Gemäß Artikel 35 des Übereinkommens verwendet die Bank die Europäische Währungseinheit (Ecu) als Bilanzwährung im Jahresabschluss. Nach der Ablösung des Ecu durch den Euro am 1. Januar 1999 wurde der Euro die Bilanzwährung für den Jahresabschluss.

Monetäre Aktiva und Passiva, die in ausländischen Währungen ausgewiesen sind, werden zu den am 31. Dezember 2000 gültigen Kassakursen in Euro umgerechnet. Nichtmonetäre Posten werden zum Umrechnungskurs am Tag des Geschäftsvorfalles in Euro umgerechnet. Ertrags- und Aufwandsposten werden zum gültigen Kurs in Euro umgerechnet. Das gilt jedoch nicht für die Aufwendungen in Pfund Sterling. Diese werden gesichert und zur durchschnittlichen gewichteten Sicherungsrate umgerechnet.

Wechselkursgewinne und -verluste und Sicherungskosten, die sich aus Kontrakten ergeben, die zur Sicherung bestimmter Erträge und Aufwendungen oder voraussichtlicher Transaktionen abgeschlossen werden, werden abgegrenzt und bis zum Zeitpunkt solcher Transaktionen unter „Sonstige Aktiva“ oder „Sonstige Passiva“ ausgewiesen. Nach diesem Zeitpunkt werden sie bei der Festsetzung solcher Einkünfte und Aufwendungen ausgewiesen. Alle sonstigen mit Sicherungsgeschäften verbundenen Wechselkursgewinne und -verluste werden in der Gewinn- und Verlustrechnung zur gleichen Zeit verbucht wie die Wechselkursdifferenzbeträge bei den Posten, die durch die Sicherungsgeschäfte gedeckt werden. Aufwendungen für solche Kontrakte, die nicht länger als Sicherungsgeschäfte bezeichnet werden, werden in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt.

iii Kapitalzeichnungen

Gemäß dem Übereinkommen sind Kapitalzeichnungen der Mitglieder entweder in Euro, in US-Dollar oder in japanischen Yen zu leisten. Kapitalzeichnungen in US-Dollar oder japanischen Yen werden gemäß Artikel 6.3 des Übereinkommens zu festen Wechselkursen abgerechnet.

Entsprechend den oben unter (ii) dargestellten Umrechnungsgrundsätzen der Bank werden am Bilanzstichtag im Bestand befindliche Schuldscheine in US-Dollar und japanischen Yen zu den am 31. Dezember 2000 gültigen Wechselkursen in Euro umgerechnet. Die Differenzbeträge zwischen diesen Euro-Werten und den durch die festen Wechselkurse bestimmten Euro-Gegenwerten werden unter „Sonstige Aktiva“ oder „Sonstige Passiva“ eingestellt.

iv Schuldtitel

Schuldtitel, die langfristig oder bis zur Fälligkeit gehalten werden sollen, werden zum Buchwert abzüglich dauernder Wertminderungen ausgewiesen. Anteilige Agios oder Disagios, die bei Erwerb anfallen, werden in den Zinserträgen ausgewiesen. Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere werden entsprechend der Marktentwicklung bewertet, und der resultierende Gewinn oder Verlust wird unmittelbar in die Gewinn- und Verlustrechnung aufgenommen und zusammen mit dem sich aus der Finanzierung dieser Wertpapiere ergebenden Zinseinkommen und Zinsaufwand unter „Gewinn (netto) aus Handels- und Devisengeschäften“ eingestellt.

v Aktienanlagen

Aktienanlagen sind zu Anschaffungskosten abzüglich aller Wertberichtigungen ausgewiesen.

Aktienanlagen, die der Bank die Option geben, ihre Investition gegen eine zinsbasierte Rendite bei kreditwürdigen Partnern abzulösen, weisen mit Schuldinstrumenten verbundene Risikomerkmale auf und werden entsprechend als Darlehen eingestuft und ausgewiesen. Dividenden aus (als Darlehen eingestuft) Aktienanlagen werden nicht als Erträge ausgewiesen, sondern abgegrenzt, bis die Aktienanlage veräußert wird. Zu diesem Zeitpunkt werden sie mit dem Erlös der Veräußerung verrechnet.

Im Hinblick auf ihre Aktienanlagen hat die Bank die Bestimmungen in den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen (IAS 28) sowie in der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten geprüft. Hält die Bank mehr als 20 Prozent eines Zielunternehmens, bemüht sie sich im allgemeinen nicht um einen nennenswerten Einfluss. Da sie keinen konsolidierten Jahresabschluss vorlegt, werden sämtliche Aktienanlagen, auch die in verbundenen Unternehmen, zu Anschaffungskosten ausgewiesen. Dabei werden bei Aktienanlagen, die 20 Prozent des Zielunternehmens überschreiten, Buchwert und Gewinn- und Verlustwirkung offengelegt und die Bilanzen gehen vom anteiligen Reinvermögen aus. Diese Offenlegungen und zusätzliche Einzelheiten zu Aktienanlagen der Bank, die über 20 Prozent des Aktienkapitals der Zielunternehmen betragen und wo die Anschaffungskosten abzüglich besonderer Rückstellungen über 10 Millionen Euro liegen, finden sich in Anmerkung 10.

vi Wertberichtigungen für Verluste und allgemeine Bestandsrisiken

Wertberichtigungen werden wie folgt als Einzel- oder Allgemeinwertberichtigungen eingestuft:

Für zweifelhafte Darlehen und Ausleihungen werden Einzelwertberichtigungen in Höhe des voraussichtlichen Ausfalls auf den noch offenen Forderungssaldo gebildet. Für die Bestände an Aktien und anderen Anteilspapieren werden die bei einer dauernden Wertminderung erforderlichen Wertverringerungen durch Schätzung ermittelt.

Allgemeine Wertberichtigungen für nichtstaatliche Risikoanlagen basieren auf einem Risikoeinstufungsansatz, der am Monatsende der Auszahlung zur Anwendung kommt. Für alle staatlichen Risikoanlagen wird eine Wertberichtigung von 3 Prozent vorgenommen, wobei der auf die Mitglieder übertragene Status eines bevorzugten Kreditnehmers der Bank berücksichtigt wird. Allgemeine wie auch einzelne Wertberichtigungen werden als Abzüge von den Aktivkategorien Darlehen und Kapitalanlagen ausgewiesen. Die Wertberichtigung für Bürgschaften kommt mit deren Inkrafttreten zur Anwendung und basiert auf der Inanspruchnahme unter Verwendung einer durchgängig angewandten Methode zur allgemeinen Wertberichtigung für nichtstaatliche Risikoanlagen. Sie wird unter „Sonstige Passiva“ ausgewiesen.

Allgemeine Wertberichtigungen auf Anlagen der Finanzabteilung werden auf Grundlage der Risikoeinstufung vorgenommen, wobei kein Unterschied zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Anlagen gemacht wird. Sie werden vom Buchwert von „Schuldtitle“ abgezogen.

Die Zuführungen zu den Wertberichtigungen werden nach Verrechnung mit den Auflösungen innerhalb des Geschäftsjahrs in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In Anmerkung 7 finden sich Einzelheiten zu den Wertberichtigungen der Bank. Wird ein Darlehen für uneinbringlich gehalten oder besteht keine Möglichkeit zur Deckung einer Aktienanlage, wird die Kapitalsumme mit der damit verbundenen Rückstellung verrechnet. Spätere Zahlungseingänge werden bei früher erfolgten Abschreibungen mit der Gewinn- und Verlustrechnung verrechnet.

vii Sachanlagen, Technik und Büroausstattung

Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten abzüglich aufgelaufener Abschreibungen bewertet. Sachanlagen werden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer wie folgt linear abgeschrieben:

Grundbesitz: Null

Einbauten auf Pachtbesitz mit weniger als 50 Jahren Restlaufzeit: Restlaufzeiten
Technik und Büroausstattung: 1 Jahr

viii Rechnungslegung für Pachten

Pachten auf Wirtschaftsgüter, bei denen die Bank im wesentlichen alle Genussrechte und Risiken eines Eigentümers übernimmt, werden als Finanzierungs-Leasing bezeichnet. Die Vermögenswerte werden behandelt, als ob der Leasingnehmer sie direkt erworben hätte, und zwar zu einem Wert, der dem geschätzten Wert der Grundpachtzahlungen während der Leasingfrist entspricht. Die Leasingverpflichtungen werden als Passiva behandelt. Das Zinselement der Finanzierungskosten wird während der Dauer der Leasingfrist in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die im Rahmen der Leasingverträge erworbenen Wirtschaftsgüter werden gemäß Abschnitt vii oben kapitalisiert und abgeschrieben.

Pachten auf Wirtschaftsgüter, bei denen alle Risiken und Genussrechte eines Eigentümers effektiv beim Leasinggeber verbleiben, werden als kurzfristige Leasingverträge bezeichnet. Die Bank hat solche Verträge für die Mehrzahl ihrer Büroräumlichkeiten abgeschlossen, sowohl in London als auch in den Einsatzländern der Bank. Zahlungen im Rahmen von kurzfristigen Leasingverträgen werden auf linearer Basis über die Dauer der Leasingfrist in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Wird ein kurzfristiger Leasingvertrag vor Ablauf der Leasingfrist beendet, werden alle dem Leasinggeber als Vertragsstrafe auszahlenden Zahlungen als Aufwand innerhalb des Zeitraums, in dem die Vertragsauflösung stattfindet, ergebniswirksam verbucht.

ix Zinsen, Gebühren, Provisionen und Dividenden

Zinsen werden zeitanteilig abgegrenzt und als Ertrag vereinnahmt. Einkommen aus Darlehen, deren Zinsen- und Gebührenzahlungen die Bank abgegrenzt oder kapitalisiert hat, kann jedoch bei Eingang auf Basis der zugrunde liegenden Leistung des Projekts verbucht werden. Die Bank vereinnahmt Zinserträge aus ausfallgefährdeten Darlehen oder solchen mit Zins- und Tilgungsrückständen von über 180 Tagen für Darlehen an den öffentlichen Sektor oder 60 Tagen für Darlehen an den privaten Sektor nur bei Zahlungseingang.

Pauschalgebühren werden nach Inkrafttreten des Darlehens vereinnahmt. Bereitstellungsgebühren und Gebühren für über einen Zeitraum erbrachte Leistungen werden für den Zeitraum vereinnahmt, in dem die Zusage besteht, oder die Leistungen werden ab dem Zeitpunkt erbracht, zu dem das Darlehen in Kraft tritt. Sonstige Gebühren und Provisionen werden bei Zahlungseingang ergebniswirksam verrechnet. Emissionsgebühren und Rückzahlungsagios oder -disagios werden bis zur Fälligkeit der jeweiligen Darlehen abgeschrieben.

Dividenden werden bei Eingang ergebniswirksam verbucht.

x Pensionsplan

Die Bank hat einen festgelegten Beitrags- und einen festgelegten Leistungsplan für die Altersversorgung praktisch aller Mitarbeiter. Im Rahmen des festgelegten Beitragsplans entrichten die Bank und der oder die Mitarbeiter(in) zu gleichen Teilen Beiträge, um bei Eintreten des Ruhestands eine Pauschalsumme bereitzustellen. Der festgelegte Leistungsplan wird insgesamt von der Bank finanziert, und die Leistungen hängen von den Dienstjahren und einem im Plan festgelegten Prozentsatz des letzten Bruttogrundgehalts ab. Alle Beiträge zu den Plänen und alle anderen zum Zweck der Pläne gehaltenen Vermögenswerte und Einkünfte werden getrennt von allen anderen Aktiva der Bank gehalten und können nur für die Erbringung der Leistungen im Rahmen der Pläne verwendet werden. Geleistete Beiträge zu den festgelegten Beitragsplänen werden der Gewinn- und Verlustrechnung belastet und auf die unabhängigen Treuhänder der Pläne übertragen. Die Belastung der Gewinn- und Verlustrechnung hinsichtlich des festgelegten Leistungsplans umfasst ebenfalls versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, laufende Bearbeitungskosten und sonstige versicherungsmathematische Anpassungen nach dem Gutachten qualifizierter externer Fachleute. Diese Belastung enthält außerdem versicherungsmathematische Gewinne und Verluste jenseits der Bandbreite von 10 Prozent, die über die geschätzte mittlere Restarbeitszeit der Mitarbeiter der Bank abgeschrieben werden. Die 10-Prozent-Bandbreite ist der jeweils höhere Wert von 10 Prozent der definierten Leistungsverpflichtung oder des Marktwerts der Vermögenswerte. Außerdem beraten die Versicherungsmathematiker die Bank hinsichtlich der nach dem Plan für festgelegte Leistungen zu erbringenden Beiträge, die auf die unabhängigen Treuhänder des Plans übertragen werden.

xi Besteuerung

Gemäß Artikel 53 des Übereinkommens sind die Bank, ihr Vermögen, ihr Eigentum und ihre Erträge im Rahmen ihrer offiziellen Geschäftstätigkeit von allen direkten Steuern und allen Abgaben und Steuern, die auf erworbene oder importierte Güter und Dienstleistungen erhoben werden, freigestellt. Davon ausgenommen sind solche Anteile von Steuern oder Abgaben, die Gebühren für öffentliche Versorgungsleistungen darstellen.

xii Staatliche Zuschüsse

Staatliche Zuschüsse für den Erwerb von Gegenständen des Anlagevermögens, die als Teil der ursprünglichen Errichtung der Bank zu betrachten sind, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung entsprechend über die Abschreibungszeiträume linear vereinnahmt. Sonstige Zuschüsse werden mit dem zuschussfähigen Aufwand bei dessen Anfall verrechnet. Noch nicht erfolgswirksam verrechnete Restbeträge erhaltener Zuschüsse oder Ansprüche hierauf werden in der Bilanz unter „Sonstige Passiva“ ausgewiesen.

xiii Derivate als Finanzinstrumente

Im Rahmen ihrer laufenden Geschäftstätigkeit ist die Bank Partei derivativer Transaktionen, einschließlich Devisen- und Zinsswapvereinbarungen, Termin- und Optionsgeschäften sowie Devisenterminkontrakten. Diese Finanzinstrumente dienen dazu, die Zins- und Währungsrisiken der Bank in ihrem Aktiv- und Passivgeschäft und voraussichtliche zukünftige Cashflows in fremder Währung zu sichern und bei der Investition der flüssigen Mittel der Finanzabteilung die Marktstimmung zu berücksichtigen. Außerdem handelt die Bank als intermediäre Bereitstellerin dieser Instrumente für ihre Kunden und sichert sich selbst durch Ausgleichsgeschäfte mit Dritten gegen entsprechende Verluste. Bei Derivatgeschäften, die im Jahresabschluss als Sicherungsgeschäfte erfasst werden, muss das Verlustrisiko der besicherten Position entweder eliminiert oder stark verringert werden, die Transaktion muss von Anfang an als Sicherungsgeschäft bezeichnet werden und während des Verlaufs des Sicherungszeitraums in Kraft bleiben. Gewinne und Verluste aus Sicherungsgeschäften werden auf gleicher Basis wie die aus den gesicherten Geschäften verbucht. Mit dem eigenen Wertpapierhandel der Bank in Verbindung stehende Derivate werden zum Marktwert angesetzt, und die entsprechenden Gewinne und Verluste werden sofort unter „Gewinn (netto) aus Handels- und Devisengeschäften“ in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt.

3 Informationen zur Bilanzaufteilung

Geschäftssegmente

Zu Verwaltungszwecken ist die Geschäftstätigkeit der Bank primär in Aktivitäten der Bereiche Banking und Finanzabteilung aufgeteilt. Bankingaktivitäten umfassen Investitionen in Projekte, die im Einklang mit dem Übereinkommen vorgenommen werden, um den Einsatzländern in ihrem Übergang zur Marktwirtschaft behilflich zu sein. Dabei werden die Prinzipien des soliden Bankgeschäfts zugrunde gelegt.

Die Hauptinvestitionsprodukte sind Darlehen, Aktienanlagen und Garantien. Aktivitäten der Finanzabteilung umfassen die Aufnahme von Fremdfinanzierungen, die Investition von überschüssigen Barmitteln, das Management der Wechselkurs- und Zinsänderungsrisiken der Bank und Kundenbetreuung in Angelegenheiten des Aktiva- und Passivmanagements.

Primäres Berichtsformat – Geschäftssegment

	Banking 2000 000 Euro	Finanzabteilung 2000 000 Euro	Insgesamt 2000 000 Euro	Banking 1999 000 Euro	Finanzabteilung 1999 000 Euro	Insgesamt 1999 000 Euro
Zinserträge	415.805	575.730	991.535	298.302	367.148	665.450
Sonstige Erträge	224.230	21.685	245.915	168.276	21.584	189.860
Summe der Segmenteinkünfte	640.035	597.415	1.237.450	466.578	388.732	855.310
Abzüglich Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	(350.948)	(516.088)	(867.036)	(240.009)	(335.740)	(575.749)
Zuweisung von Kapitaleistungen	133.932	14.881	148.813	87.178	9.686	96.864
Abzüglich allgemeiner Verwaltungsaufwendungen	(164.861)	(14.141)	(179.002)	(147.309)	(12.376)	(159.685)
Abzüglich Abschreibungen	(11.855)	(1.244)	(13.099)	(11.859)	(1.303)	(13.162)
Segmentergebnis vor Rückstellungen	246.303	80.823	327.126	154.579	48.999	203.578
Rückstellungen	(167.177)	(7.157)	(174.334)	(166.184)	5.273	(160.911)
Reingewinn/(Verlust) nach Rückstellungen	79.126	73.666	152.792	(11.605)	54.272	42.667
Segmentaktiva	6.591.157	12.958.036	19.549.193	6.220.733	11.449.205	17.669.938
Ausstehendes eingezahltes Kapital			1.740.817			1.924.695
Summe der Aktiva			21.290.010			19.594.633
Segmentpassiva	6.591.157	12.958.036	19.549.193	6.220.733	11.449.205	17.669.938
Ausstehendes Eigenkapital der Mitglieder			1.740.817			1.924.695
Summe der Passiva			21.290.010			19.594.633
Kapitalaufwendungen	9.940	1.044	10.984	9.775	1.074	10.849

Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen und der oben angegebene Kapitalertrag ergeben insgesamt 718,2 Millionen Euro (1999: 478,9 Millionen Euro). Dieser Betrag wird in der Gewinn- und Verlustrechnung als „Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen“ ausgewiesen.

Sekundäres Berichtsformat – geografisches Segment

Die Geschäftstätigkeit des Bereichs Banking in den Einsatzländern wird zu internen Managementzwecken in drei Regionen eingeteilt.

	Segmenteinkünfte 2000 000 Euro	Segmenteinkünfte 1999 000 Euro	Segmentaktiva 2000 000 Euro	Segmentaktiva 1999 000 Euro
Fortgeschrittene Länder ¹	235.207	217.936	2.869.969	2.746.986
Frühe/Mittlere Länder ²	285.081	154.176	2.637.139	2.319.480
Russische Föderation	119.747	94.466	1.084.049	1.154.267
Insgesamt	640.035	466.578	6.591.157	6.220.733

Geografische Segmentzahlen in bezug auf die Geschäftstätigkeit des Bereichs Banking werden oben angegeben. Eine geografische Analyse der Tätigkeit der Finanzabteilung wird aufgrund des Gebrauchs derivativer Instrumente, durch die Einkünfte in andere Währungen und Stellen verschoben werden als die, aus denen die Aktiva stammen, nicht für nützlich erachtet. Die oben angegebenen Einkünfte nach geografischen Segmenten und die Einkünfte nach Geschäftssegmenten der Finanzabteilung ergeben zusammen Gesamtsegmenteinkünfte in Höhe von 1,2 Milliarden Euro.

¹ Fortgeschrittene Länder umfassen Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn.

² Frühe/Mittlere Länder umfassen Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, EJRMazedonien, Moldau, Rumänien, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan und Weißrussland.

4 Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen

Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen setzen sich in der Hauptsache wie folgt zusammen:

	2000 000 Euro	1999 000 Euro
Bereitstellungsgebühren	11.669	10.906
Pauschalgebühren	9.685	8.959
Managementgebühren	3.434	3.489
Handelsfinanzierungsgebühren	2.496	1.048
Sonstige	2.095	1.445
Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen	29.379	25.847

5 Nettogewinn aus Wertpapier- und Devisengeschäften

	2000 000 Euro	1999 000 Euro
Anlagebestand	749	2.764
Handelsbestand	22.925	25.440
Devisengeschäfte	(1.989)	(6.620)
Nettogewinn aus Wertpapier- und Devisengeschäften	21.685	21.584

Der Nettogewinn aus Wertpapiergeschäften stellt im Falle des Anlagebestands der Bank die realisierten Gewinne dar, die sich aus der Veräußerung von Schuldtiteln aus diesem Portfolio ergeben. Im Falle des Handelsbestands umfasst der Nettogewinn sowohl realisierte als auch unrealisierte Gewinne oder Verluste sowie damit verbundene Zinserträge und -aufwendungen.

6 Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

	2000 000 Euro	1999 000 Euro
Personalaufwand ¹	111.183	95.954
Gemeinkosten abzüglich staatlicher Zuschüsse ²	67.819	63.731
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen ³	179.002	159.685

Die Bank pflegt Devisenkontrakte abzuschließen, um die Auswirkung aller Aufwertungen des Pfundes gegenüber dem Euro bei den zum Großteil in Pfund denominierten Aufwendungen zu minimieren, wenn diese für Berichtszwecke in Euro umgerechnet werden. Die Anwendung dieser Praxis hatte zur Folge, dass die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen im Jahr 2000 um 15,0 Millionen Euro (1999: 20,3 Millionen Euro) vermindert werden konnten. Außerdem hat die Bank eine Reihe von Devisenterminkontrakten abgeschlossen, um die für künftige allgemeine Verwaltungsaufwendungen erforderlichen Aufwendungen in Pfund Sterling abzusichern. Sicherungsgeschäfte bestehen für das Jahr 2001 für rund 42 Prozent. Zum 31. Dezember 2000 wies der Marktwert dieser Transaktionen einen Gewinn von 12,8 Millionen Euro aus, der gemäß den Rechnungslegungsgrundsätzen der Bank passivisch abgegrenzt worden ist und im folgenden Jahr ergebniswirksam verbucht wird.

¹ Die Durchschnittszahl der im Personalaufwand erfassten Mitarbeiter im Geschäftsjahr setzt sich zusammen aus 848 Festangestellten (1999: 836), 64 vertraglichen Mitarbeitern (davon 38 mit Sonderverträgen und 26 Praktikanten/kurzfristig Tätigen), 232 örtlich in Ländervertretungen angestellten und 76 im Direktorium beschäftigten Mitarbeitern. Von den letzteren waren 39 Mitarbeiter extern finanziert.

Zum 31. Dezember 2000 waren beschäftigt: 862 Festangestellte (1999: 833), 56 vertragliche Mitarbeiter (davon 28 mit Sonderverträgen und 28 Praktikanten/kurzfristig Tätige), 238 örtlich in Ländervertretungen angestellte und 75 im Direktorium beschäftigte Mitarbeiter. Von den letzteren waren 39 Mitarbeiter extern finanziert.

Darüber hinaus waren 206 Projektmitarbeiter (1999: 207) im Regionalen Wagnisfonds und im Fonds für Kleinunternehmen in Russland in Verbindung mit Projekten in der Russischen Föderation beschäftigt.

² Im Jahresverlauf wurden staatliche Zuschüsse von 2,1 Millionen Euro in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt (1999: 2,1 Millionen Euro).

³ Allgemeine Verwaltungsaufwendungen in Pfund Sterling beliefen sich auf insgesamt £119,3 Millionen (1999: £118,9 Millionen).

7 Rückstellungen für Verluste und allgemeine Bestandsrisiken

Zuführung zu Gewinnen und Verlusten	Darlehen 000 Euro	Aktienanlagen 000 Euro	Gesamte Darlehen und Aktienanlagen 000 Euro	Garantien und Sonstiges 000 Euro	Rückstel- lungen der Finanzabtlg. 000 Euro	2000 Insgesamt 000 Euro	1999 Insgesamt 000 Euro
Rückstellungen für das Geschäftsjahr:							
Allgemeine Rückstellungen für							
im Umlauf befindliche Auszahlungen	78.537	140.878	219.415	2.033	7.157	228.605	10.186
ausstehende Zusagen	(29.742)	(54.293)	(84.035)	(6.013)	–	(90.048)	(14.748)
Garantien	–	–	–	14.305	–	14.305	4.481
Allgemeine Rückstellungen für Länderrisiken	1.866	–	1.866	–	–	1.866	14.128
Einzelrückstellungen	21.171	80.396	101.567	1.612	–	103.179	142.052
Bestandsrisiko	(65.302)	(15.218)	(80.520)	(3.053)	–	(83.573)	4.812
Für das am 31. Dezember 2000 abgelaufene Geschäftsjahr	6.530	151.763	158.293	8.884	7.157	174.334	
Für das am 31. Dezember 1999 abgelaufene Geschäftsjahr	47.356	111.720	159.076	7.108	(5.273)		160.911
Veränderungen bei Rückstellungen							
	Darlehen 000 Euro	Aktienanlagen 000 Euro	Gesamte Darlehen und Aktienanlagen 000 Euro	Garantien und Sonstiges 000 Euro	Rückstel- lungen der Finanzabtlg. 000 Euro	Insgesamt 000 Euro	
Stand 1. Januar 2000	666.942	446.874	1.113.816	10.957	6.320	1.131.093	
Rückstellungen	6.530	151.763	158.293	8.884	7.157	174.334	
Kursberichtigungen	39.322	–	39.322	(1.475)	(285)	37.562	
Abzüglich abgeschriebener Beträge	(112.719)	(18.177)	(130.896)	–	–	(130.896)	
Stand 31. Dezember 2000	600.075	580.460	1.180.535	18.366	13.192	1.212.093	
<i>Aufgegliedert nach:</i>							
Allgemeine Rückstellungen für in Umlauf							
befindliche Auszahlungen	194.039	282.381	476.420	4.061	13.192	493.673	
Allgemeine Rückstellungen für Länderrisiken	68.121	–	68.121	–	–	68.121	
Einzelrückstellungen	337.915	298.079	635.994	–	–	635.994	
Rückstellungen für Verluste, abgezogen von den Aktiva	600.075	580.460	1.180.535	4.061	13.192	1.197.788	
Rückstellungen für Verluste, abgezogen von sonstigen Passiva	–	–	–	14.305	–	14.305	
Stand 31. Dezember 2000	600.075	580.460	1.180.535	18.366	13.192	1.212.093	

Im Verlauf des am 31. Dezember 2000 abgelaufenen Geschäftsjahrs verfeinerte die Bank ihre Methode der allgemeinen Rückstellungen und berücksichtigte dabei die aus laufenden Projekten gewonnenen Erfahrungen und die Entwicklungen in der Marktpraxis der Bankenindustrie. Zu dem Zeitpunkt, an dem die verfeinerte Methode zuerst angewandt wurde, fiel bei den Gesamtrückstellungen der Unterschied zu den nach der früheren Methode errechneten kaum ins Gewicht. Wie in Anmerkung 2 (vi) dargelegt, werden die allgemeinen Rückstellungen zum 31. Dezember 2000 jetzt auf der Basis ausgezahlter Aktiva errechnet, und zwar

nach einem Risikoeinstufungsansatz für nichtstaatliche Aktiva und mit 3 Prozent für staatliche Risikoanlagen. Die von der Bank in früheren Geschäftsjahren unter allgemeinen Verbindlichkeiten ausgewiesene Rückstellung für sonstige Bestandsrisiken, die allgemeine Rückstellungen für Zusagen und für Bestandsrisiken umfasste, wurde in diese neue allgemeine Rückstellungsberechnung einbezogen, die als Abzug vom Buchwert der verbundenen Aktiva ausgewiesen ist.

8 Schuldtitel

Aufgegliedert nach Emittenten	Buchwert 2000 000 Euro	Buchwert 1999 000 Euro
Regierungen	701.060	618.693
Körperschaften des öffentlichen Rechts	904.537	1.042.636
Sonstige Kreditnehmer	5.469.905	6.204.161
Stand 31. Dezember	7.075.502	7.865.490
Aufgegliedert nach Bestand		
Anlagebestand	5.208.121	6.093.159
Handelsbestand		
Intern verwaltete Fonds	1.190.365	1.160.547
Extern verwaltete Fonds	625.440	571.476
	1.815.805	1.732.023
Bankingbestand	51.576	40.308
Stand 31. Dezember	7.075.502	7.865.490

9 Sonstige Aktiva

	2000 000 Euro	1999 000 Euro
Zinsforderungen	382.853	414.501
Aus dem Wertpapiergeschäft	290.964	502.710
Sonstige	89.855	77.409
Stand 31. Dezember	763.672	994.620

10 Darlehen und Aktienanlagen

Auszahlungen im Umlauf	Darlehen 000 Euro	Aktienanlagen 000 Euro	Darlehen und Aktienanlagen insgesamt 000 Euro
Stand 1. Januar 2000	5.328.267	1.616.323	6.944.590
Auszahlungen	1.480.940	455.091	1.936.031
Rückzahlungen, vorzeitige Tilgungen und Abgänge zu Anschaffungskosten	(1.410.119)	(86.405)	(1.496.524)
Kursberichtigungen	254.131	–	254.131
Abschreibungen	(112.719)	(18.177)	(130.896)
Stand 31. Dezember 2000	5.540.500	1.966.832	7.507.332
Wertberichtigungen zum 31. Dezember 2000	(600.075)	(580.460)	(1.180.535)
Insgesamt abzüglich Rückstellungen zum 31. Dezember 2000	4.940.425	1.386.372	6.326.797
Insgesamt abzüglich Rückstellungen zum 31. Dezember 1999	4.756.369	1.238.960	5.995.329

Zum 31. Dezember 2000 hatte die Bank 26 Darlehen in Höhe von 363,8 Millionen Euro (1999: 26 Darlehen im Gesamtwert von 452,7 Millionen Euro) im Bestand, die sich aufgrund von überfälligen Zinsen und Tilgungen in notleidendem Zustand befanden. Für diese Darlehen wurden Sonderrückstellungen in Höhe von 278,9 Millionen Euro (1999: 314,2 Millionen Euro) gebildet.

Da die Bank keine Tochtergesellschaften hat, erstellt sie keinen konsolidierten Abschluss. Sie weist alle Aktienanlagen zu Anschaffungskosten abzüglich Wertberichtigung für dauernde Wertminderung aus. Hätte die Bank das anteilige Reinvermögen für alle Investitionen bilanziert, in denen sie mehr als 20 Prozent des Aktienkapitals des Zielunternehmens hält und deren in den Aktienanlagen in der Bilanz zum 31. Dezember 2000 enthaltener Buchwert rund 585,0 Millionen Euro betrug, beliefe sich die Nettoauswirkung in der Gewinn- und Verlustrechnung auf einen Gewinn in Höhe von rund 17,2 Millionen Euro. Dies entspricht dem Anteil der Bank an den Nettogewinnen oder -verlusten aus den letzten geprüften Abschlüssen der Zielunternehmen. Aufgrund der zeitlichen Verzögerung bei der Vorlage von in Übereinstimmung mit den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ausgearbeiteten und geprüften Abschlüssen aller Zielunternehmen stützen sich diese Zahlen auf Gewinne oder Verluste des letzten 12-Monats-Zeitraums, für den diese Informationen vorliegen.

Nachfolgend aufgelistet sind alle Aktienanlagen, bei denen die Bank zum 31. Dezember 2000 mehr als 20 Prozent des Aktienkapitals des Zielunternehmens hielt und wo die Gesamtinvestition der Bank abzüglich Wertrückstellungen sich auf mehr als 10,0 Millionen Euro belief. Bedeutende Aktienanteile übernimmt die Bank normalerweise nur dann, wenn womöglich mit nachfolgender externer Beteiligung zu rechnen ist.

	Anteil in %
Black Sea Fund	32
Budapest Bank	34
Cargill Industrial Complex	33
Danone – Ciastka	25
East Europe Food Fund	21
Lafarge – Rumänien	38
Lafarge – Kujawy and RMC	22
Lafarge – Malogoszcz and Wierzbica	22
Polish Private Equity Fund	33

11 Übersicht über die Geschäftstätigkeit

<i>Aufgliederung nach Ländern</i>	Operative Aktiva 2000 000 Euro	Operative Aktiva 1999 000 Euro	Nicht in Anspruch genommene Zusagen 2000 000 Euro	Nicht in Anspruch genommene Zusagen 1999 000 Euro
Albanien	31.924	27.813	46.926	51.780
Armenien	74.666	53.497	29.724	9.581
Aserbaidschan	204.204	177.144	90.171	69.335
Bosnien und Herzegowina	57.133	35.218	79.903	44.177
Bulgarien	305.924	237.604	57.670	43.211
Estland	199.082	204.925	40.760	27.650
Georgien	89.481	53.541	85.502	110.926
Kasachstan	233.800	161.072	324.552	304.070
Kirgisistan	109.782	101.723	25.778	36.764
Kroatien	336.318	275.975	232.733	187.612
Lettland	95.534	105.123	68.576	82.212
Litauen	250.858	187.581	54.531	24.597
EJR Mazedonien	94.377	74.278	88.122	66.988
Moldau	75.109	72.884	69.229	40.784
Polen	863.884	741.775	526.418	332.832
Rumänien	880.414	794.627	339.971	369.635
Russische Föderation	1.494.710	1.619.082	732.937	595.887
Slowakische Republik	206.613	253.505	35.628	39.550
Slowenien	200.879	184.266	22.322	36.267
Tadschikistan	10.972	8.655	2.786	5.126
Tschechische Republik	294.691	277.548	141.801	115.159
Turkmenistan	40.473	31.272	111.467	117.996
Ukraine	336.531	310.203	629.728	459.885
Ungarn	489.086	486.828	108.158	118.935
Usbekistan	255.443	220.392	217.526	227.539
Weißrussland	87.903	110.467	7.365	16.049
Regional	243.192	179.870	484.944	346.325
Stand 31. Dezember	7.562.983	6.986.868	4.655.228	3.880.872

Aufgliederung nach Instrumenten

Darlehen	5.540.500	5.328.267	3.527.185	2.961.410
Anlagen in Stammaktien	1.966.832	1.616.323	806.876	731.080
Schuldtitle	55.651	42.278	-	-
Garantien	-	-	321.167	188.382
Stand 31. Dezember	7.562.983	6.986.868	4.655.228	3.880.872

Aufgliederung nach Sektoren

Handel und Fremdenverkehr	222.636	291.964	72.016	78.240
Kommunal- und Sozialdienstleistungen	122.133	136.908	126.859	113.501
Energie/Elektrizitätserzeugung	847.324	568.345	1.393.283	1.061.068
Rohstoffindustrie	506.013	607.385	263.123	174.201
Finanzwesen	2.330.210	2.292.162	1.166.492	1.124.407
Verarbeitende Industrie	1.807.801	1.439.086	596.054	527.541
Primärindustrien	111.902	109.458	106.053	16.713
Telekommunikation	709.042	702.812	210.735	230.584
Verkehrs- und Bauwesen	905.922	838.748	720.613	554.617
Stand 31. Dezember	7.562.983	6.986.868	4.655.228	3.880.872

Anmerkung: Der Begriff „Operative Aktiva“ ersetzt „Im Umlauf befindliche Auszahlungen“ und versteht sich vor Rückstellungen, und der Begriff „Nicht in Anspruch genommene Zusagen“ ersetzt „Zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt“.

12 Sachanlagen, Technik und Büroausstattung

	Sachanlagen 000 Euro	Technik und Büroausstattung 000 Euro	Insgesamt 000 Euro
<i>Anschaftungskosten</i>			
Stand 1. Januar 2000	67.915	65.812	133.727
Zugänge	796	10.188	10.984
Abgänge	–	(220)	(220)
Stand 31. Dezember 2000	68.711	75.780	144.491
<i>Abschreibungen</i>			
Stand 1. Januar 2000	33.339	59.379	92.718
Belastungen	4.617	8.482	13.099
Abgänge	–	(220)	(220)
Stand 31. Dezember 2000	37.956	67.641	105.597
<i>Nettobuchwert</i>			
Stand 31. Dezember 2000	30.755	8.139	38.894
Stand 31. Dezember 1999	34.576	6.433	41.009

Zugänge enthalten 1,0 Millionen Euro für Computerausstattung im Rahmen von Finanzierungs-Leasing mit einer verbundenen Abschreibung von 0,2 Millionen Euro. Die entsprechenden Mindestzahlungen im Rahmen des Finanzierungs-Leasing belaufen sich auf 1,0 Millionen Euro, von denen 0,4 Millionen Euro innerhalb

eines Jahres nach dem Bilanzstichtag und 0,6 Millionen Euro nach einem Jahr, aber nicht mehr als 5 Jahre nach dem Bilanzstichtag, fällig sind. Diese zukünftigen Zahlungen sind unter „Sonstige Passiva“ ausgewiesen.

13 Verbriefte Verbindlichkeiten

Die nachstehende Aufstellung zum 31. Dezember 1999 enthält die nicht getilgten verbrieften Verbindlichkeiten der Bank und dazugehörige Swaps:

	Kapital- beträge zum Nennwert 000 Euro	Nicht abgegrenztes Agio 000 Euro	Angepasste Kapital- beträge 000 Euro	Forderungen/ (Verbindlichkeiten) aus Währungs- swaps 000 Euro	Nettowährungs- verbind- lichkeiten 2000 000 Euro	Nettowährungs- verbind- lichkeiten 1999 000 Euro
Australische Dollar	253.422	–	253.422	(253.422)	–	–
Estnische Kronen	6.389	–	6.389	(6.389)	–	–
Euro	1.752.395	21.255	1.773.650	490.972	2.264.622	2.556.037
Goldbarren	707.179	–	707.179	(707.179)	–	–
Griechische Drachmen	227.668	–	227.668	(227.668)	–	–
Hongkong-Dollar	337.553	–	337.553	(337.553)	–	–
Japanische Yen	1.480.864	–	1.480.864	(1.000.863)	480.001	548.527
Kanadische Dollar	139.652	–	139.652	(139.652)	–	–
Neue Taiwan-Dollar	831.544	–	831.544	(831.544)	–	–
Pfund Sterling	2.878.284	–	2.878.284	(1.008.663)	1.869.621	1.529.024
Polnische Zloty	603.486	–	603.486	(603.486)	–	–
Russische Rubel	33.189	–	33.189	(33.189)	–	–
Singapur-Dollar	93.023	–	93.023	(93.023)	–	–
Slowakische Kronen	51.956	–	51.956	(51.956)	–	–
Südafrikanische Rand	501.224	–	501.224	(501.224)	–	–
Südkoreanische Won	74.720	–	74.720	(74.720)	–	–
Tschechische Kronen	45.566	–	45.566	(45.566)	–	–
Ungarische Forint	7.549	–	7.549	–	7.549	7.852
US-Dollar	3.564.551	10.192	3.574.743	5.425.125	8.999.868	7.176.689
Stand 31. Dezember	13.590.214	31.447	13.621.661	–	13.621.661	11.818.129

Während des Berichtsjahrs löste die Bank vor Fälligkeit Anleihen und mittelfristige Schuldscheine im Wert von 212,9 Millionen Euro ein und erzielte damit einen Reingewinn von 5,0 Millionen Euro.

14 Sonstige Verbindlichkeiten

	2000 000 Euro	1999 000 Euro
Zinsverbindlichkeiten	369.246	388.345
Verbindlichkeiten aus dem Wertpapiergeschäft	1.437.085	1.287.561
Sonstige	154.278	285.134
Stand 31. Dezember	1.960.609	1.961.040

15 Gezeichnetes Kapital

	Zahl der 2000 Anteile	Insgesamt 2000 000 Euro	Zahl 1999 der Anteile	Insgesamt 1999 000 Euro
Autorisiertes Stammkapital	2.000.000	20.000.000	2.000.000	20.000.000
<i>davon</i>				
Zeichnungen von Mitgliedern – Anfangskapital	991.975	9.919.750	991.875	9.918.750
Zeichnungen von Mitgliedern – Kapitalerhöhung	982.300	9.823.000	972.200	9.722.000
Teilsomme – gezeichnetes Kapital	1.974.275	19.742.750	1.964.075	19.640.750
Zuzuteilende Anteile ¹	4.675	46.750	4.675	46.750
Nicht zugeteilte Anteile ²	6.050	60.500	16.250	162.500
Autorisiertes und emittiertes Stammkapital	1.985.000	19.850.000	1.985.000	19.850.000
Noch nicht gezeichnet	15.000	150.000	15.000	150.000
Stand 31. Dezember	2.000.000	20.000.000	2.000.000	20.000.000

¹ Anteile, die den Ländern, die ehemals Teil Jugoslawiens waren, potentiell zur Verfügung stehen.

² Anteile, die neuen oder bestehenden Mitgliedern potentiell zur Verfügung stehen.

Das Stammkapital der Bank ist in eingezahlte und abrufbare Anteile unterteilt. Jeder Anteil hat einen Nennwert von 10.000 Euro. Zahlungen für die von den Mitgliedern gezeichneten eingezahlten Anteile werden über eine im voraus bestimmte Anzahl von Jahren vorgenommen. Artikel 6.4 des Übereinkommens sieht vor, dass Zahlungen des gezeichneten abrufbaren Kapitalbetrags unter Berücksichtigung der Artikel 17 und 42 des Übereinkommens nur abgerufen werden können, soweit und wenn die Bank zwecks Ablösung ihrer Verbindlichkeiten hierzu auffordert. Artikel 42.1 sieht vor, dass im Fall der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Bank die Zahlungspflicht aller Mitglieder für alle nicht abgerufenen Zeichnungen des Stammkapitals so lange besteht, bis alle Forderungen der Gläubiger unter Einschluss aller Eventualforderungen eingelöst sind.

Gemäß dem Übereinkommen sollte die Einzahlung der eingezahlten Anteile des ursprünglichen Stammkapitals in fünf gleichen Jahresraten erfolgen. Bis zu 50 Prozent jeder Rate sollten in nicht übertragbaren unverzinslichen Schuld-

scheinen oder anderen von diesem Mitglied begebenen und auf Verlangen zum Nennwert an die Bank zahlbaren Schuldtiteln eingezahlt werden. Gemäß Resolution Nr. 59 erfolgt die Zahlung für die von den Mitgliedern gezeichneten eingezahlten Anteile unter der Kapitalerhöhung in acht gleichen Jahresraten. Ein Mitglied kann bis zu 60 Prozent jeder Rate in nicht übertragbaren unverzinslichen Schuldscheinen oder anderen von diesem Mitglied begebenen und auf Verlangen zum Nennwert an die Bank zahlbaren Schuldtiteln zahlen.

Eine Aufstellung der Kapitalzeichnungen, die die von jedem Mitglied eingezahlten und abrufbaren Anteile ausweist, findet sich zusammen mit der Summe der nicht verteilten Anteile und Stimmrechte in der folgenden Tabelle. Gemäß Artikel 29 des Übereinkommens werden die Stimmrechte der Mitglieder, die einen Teil des fälligen Betrags für ihre Zeichnungsverpflichtungen nicht eingezahlt haben, anteilmäßig solange reduziert, bis die Verpflichtung erfüllt ist.

	2000 000 Euro	1999 000 Euro
Zusammenfassung des ausstehenden eingezahlten Kapitals		
Von Mitgliedern emittierte Schuldscheine		
Einlösung noch nicht fällig	317.368	237.079
Einlösung fällig	6.420	4.027
Eingegangene Schuldscheine insgesamt	323.788	241.106
Eingezahltes gezeichnetes Kapital		
noch nicht fällige Beträge	1.392.463	1.651.737
fällige, aber noch nicht eingegangene Beträge	24.566	31.852
Eingezahltes gezeichnetes Kapital insgesamt	1.417.029	1.683.589
Ausstehendes eingezahltes Kapital zum 31. Dezember	1.740.817	1.924.695

15 Gezeichnetes Kapital (Fortsetzung)

Aufstellung der Kapitalzeichnung

Stand 31. Dezember 2000 Mitglieder	Gesamt- anteile (Anzahl)	Resultierende Stimmen ¹ (Anzahl)	Gesamtes Kapital 000 Euro	Abrufbares Kapital 000 Euro	Eingezahltes Kapital ² 000 Euro
Mitglieder der Europäischen Union					
Belgien	45.600	45.600	456.000	336.300	119.700
Dänemark	24.000	24.000	240.000	177.000	63.000
Deutschland	170.350	170.350	1.703.500	1.256.335	447.165
Finnland	25.000	25.000	250.000	184.370	65.630
Frankreich	170.350	170.350	1.703.500	1.256.335	447.165
Griechenland	13.000	13.000	130.000	95.870	34.130
Irland	6.000	6.000	60.000	44.250	15.750
Italien	170.350	170.350	1.703.500	1.256.335	447.165
Luxemburg	4.000	4.000	40.000	29.500	10.500
Niederlande	49.600	49.600	496.000	365.800	130.200
Österreich	45.600	45.600	456.000	336.300	119.700
Portugal	8.400	8.400	84.000	61.950	22.050
Schweden	45.600	45.600	456.000	336.300	119.700
Spanien	68.000	62.730	680.000	501.500	178.500
Vereinigtes Königreich	170.350	170.350	1.703.500	1.256.335	447.165
Europäische Gemeinschaft	60.000	60.000	600.000	442.500	157.500
Europäische Investitionsbank	60.000	60.000	600.000	442.500	157.500
Weitere europäische Länder					
Island	2.000	2.000	20.000	14.750	5.250
Israel	13.000	13.000	130.000	95.870	34.130
Liechtenstein	400	400	4.000	2.950	1.050
Malta	200	200	2.000	1.470	530
Norwegen	25.000	25.000	250.000	184.370	65.630
Schweiz	45.600	45.600	456.000	336.300	119.700
Türkei	23.000	23.000	230.000	169.620	60.380
Zypern	2.000	2.000	20.000	14.750	5.250
Einsatzländer					
Albanien	2.000	1.592	20.000	14.750	5.250
Armenien	1.000	960	10.000	7.370	2.630
Aserbaidschan	2.000	1.114	20.000	14.750	5.250
Bosnien und Herzegowina	3.380	2.240	33.800	24.930	8.870
Bulgarien	15.800	15.800	158.000	116.520	41.480
Estland	2.000	2.000	20.000	14.750	5.250
Georgien	2.000	992	20.000	14.750	5.250
Kasachstan	4.600	4.381	46.000	33.920	12.080
Kirgisistan	2.000	1.292	20.000	14.750	5.250
Kroatien	7.292	7.292	72.920	53.780	19.140
Lettland	2.000	2.000	20.000	14.750	5.250
Litauen	2.000	2.000	20.000	14.750	5.250
EJR Mazedonien	1.382	1.382	13.820	10.200	3.620
Moldau	2.000	1.558	20.000	14.750	5.250
Polen	25.600	25.600	256.000	188.800	67.200
Rumänien	9.600	9.600	96.000	70.800	25.200
Russische Föderation	80.000	80.000	800.000	590.000	210.000
Slowakische Republik	8.534	8.534	85.340	62.940	22.400
Slowenien	4.196	4.039	41.960	30.940	11.020
Tadschikistan	2.000	886	20.000	14.750	5.250
Tschechische Republik	17.066	17.066	170.660	125.860	44.800
Turkmenistan	200	180	2.000	1.470	530
Ukraine	16.000	15.360	160.000	118.000	42.000
Ungarn	15.800	15.800	158.000	116.520	41.480
Usbekistan	4.200	4.137	42.000	30.970	11.030
Weißrussland	4.000	4.000	40.000	29.500	10.500
Nicht zugeweilte Anteile für die Länder, die ehemals Bestandteil Jugoslawiens waren	4.675 ³	-	46.750	32.730	14.020
Außereuropäische Länder					
Ägypten	2.000	1.750	20.000	14.750	5.250
Australien	20.000	20.000	200.000	147.500	52.500
Japan	170.350	170.350	1.703.500	1.256.335	447.165
Kanada	68.000	68.000	680.000	501.500	178.500
Republik Korea	20.000	20.000	200.000	147.500	52.500
Mexiko	3.000	3.000	30.000	21.000	9.000
Marokko	1.000	1.000	10.000	7.000	3.000
Mongolei	200	200	2.000	1.470	530
Neuseeland	1.000	1.000	10.000	7.000	3.000
Vereinigte Staaten von Amerika	200.000	200.000	2.000.000	1.475.000	525.000
Von Mitgliedern gezeichnetes Kapital	1.974.275	1.957.235	19.742.750	14.556.615	5.186.135
Nicht zugeweilte Anteile	10.725		107.250		
Autorisiertes und emittiertes Kapital	1.985.000		19.850.000		

¹ Stimmrechte werden wegen nicht erfolgter Zahlungen fälliger Beträge in bezug auf die Verpflichtungen des Mitglieds für eingezahlte Anteile eingeschränkt. Die Gesamtzahl der Stimmrechte unter Einschluss der eingeschränkten beträgt 1.969.600 (1999: 1.959.400).

² An eingezahltem Kapital gingen 3,77 Milliarden Euro ein (1999: 3,48 Milliarden Euro). 24,6 Mio Euro sind überfällig (1999: 31,9 Mio Euro). Zusätzlich beziehen

sich 5,5 Mio Euro auf überfällige Einlösungen hinterlegter Schuldscheine (1999: 3,2 Mio Euro). 1,4 Milliarden Euro sind noch nicht fällig (1999: 1,65 Milliarden Euro), vor allem in Verbindung mit der Kapitalerhöhung, und sind bis zum 15. April 2005 zahlbar.

³ Die mit diesen Anteilen verbundenen Stimmrechte sind bis zur Neuverteilung ausgesetzt worden.

16 Von Mitgliedern begebene Schuldscheine

Emissionswährungen	Insgesamt eingegangen 000 Euro	Wechselkurs- gewinn 000 Euro	In Anspruch genommener Betrag 000 Euro	Ausstehender Betrag 2000 000 Euro	Ausstehender Betrag 1999 000 Euro
Euro	917.646	–	(758.510)	159.136	116.410
Japanische Yen	179.235	12.037	(153.035)	38.237	30.967
US-Dollar	512.864	25.781	(412.230)	126.415	93.729
Stand 31. Dezember	1.609.745	37.818	(1.323.775)	323.788	241.106

Die auf das Stammkapital bezüglichen Schuldscheine oder anderen hinterlegten Schuldtitel lauten auf Euro, US-Dollar oder japanische Yen. In Übereinstimmung mit einem vom Direktorium eingeführten Verfahren für die Inanspruchnahme von Schuldscheinen oder anderen von Mitgliedern im Zusammenhang mit ihren ursprünglichen Zeichnungen 1992 oder später hinterlegten Schuldtiteln ist jeder derartige Schuldschein oder andere Schuldtitel in drei gleichen jährlichen Raten abgerufen worden. Das in Verbindung mit Zeichnungen für die Kapitalerhöhung angenommene Verfahren sieht die Inanspruchnahme von Schuldscheinen oder anderen Schuldtiteln in fünf gleichen Jahresraten vor.

Die in US-Dollar oder japanischen Yen ausgestellten Schuldscheine oder anderen Schuldtitel wurden entweder zu den am Einlösungstag gültigen Wechselkursen oder, falls sie am Jahresende noch im Bestand waren, zu den am 31. Dezember 2000 gültigen Marktkursen in Euro umgerechnet.

17 Nettowährungsposition

	Euro 000 Euro	US-Dollar 000 Euro	Japanische Yen 000 Euro	Pfund Sterling 000 Euro	Sonstige Währungen 000 Euro	Insgesamt 000 Euro
Aktiva						
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	1.852.811	3.428.701	29.347	19.311	14.158	5.344.328
Schuldtitel	1.023.798	4.618.294	1.023.658	340.830	68.922	7.075.502
Sonstige Aktiva	110.285	435.515	29.580	49.609	138.683	763.672
Darlehen	1.521.667	3.378.122	10.429	–	30.207	4.940.425
Aktienanlagen	–	–	–	–	1.386.372	1.386.372
Sachanlagen, Technik, Büroausstattung	38.894	–	–	–	–	38.894
Fällige eingezahlte Anteile	996.618	562.981	181.218	–	–	1.740.817
Summe der Aktiva	5.544.073	12.423.613	1.274.232	409.750	1.638.342	21.290.010
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(285.144)	(11.679)	(140.351)	(1.616)	(16.955)	(455.745)
Verbriefte Verbindlichkeiten	(1.773.650)	(3.574.743)	(1.480.864)	(2.878.284)	(3.914.120)	(13.621.661)
Sonstige Verbindlichkeiten	(1.050.022)	(655.652)	(26.080)	(117.382)	(111.473)	(1.960.609)
Summe der Passiva	(3.108.816)	(4.242.074)	(1.647.295)	(2.997.282)	(4.042.548)	(16.038.015)
Aktiva/(Passiva) netto	2.435.257	8.181.539	(373.063)	(2.587.532)	(2.404.206)	5.251.995
Derivative Finanzinstrumente	1.428.807	(8.189.499)	377.441	2.586.612	3.796.639	–
Währungsposition zum 31. Dezember 2000	3.864.064	(7.960)	4.378	(920)	1.392.433	5.251.995
Währungsposition zum 31. Dezember 1999	3.846.793	25.592	5.171	(7.799)	1.202.050	5.071.807

Zusätzlich zu der Geschäftswährung der Bank, dem Euro, sind die einzeln aufgeführten Währungen solche, in denen die Bank in der Hauptsache Kredite aufnimmt (siehe Anmerkung 13) und die sie einem Wechselkursrisiko aussetzen. Unter „Sonstige Währungen“ zusammengefasste Positionen, die die Bank nach Wertberichtigungen für bilanzunwirksame Posten einem Wechselkursrisiko aussetzen, sind in der Hauptsache das Ergebnis der Währungsrisiken, die aufgrund von Aktienanlagen in Einsatzländern eingegangen wurden, in denen Währungssicherungsmöglichkeiten nicht ohne weiteres zugänglich waren.

18 Liquiditätslage

Die Liquiditätslage ist die Bemessungsgrundlage dafür, inwieweit die Bank unter Umständen gezwungen ist, Mittel aufzunehmen, um mit Finanzierungsinstrumenten verbundene Zusagen einzuhalten. Die Verpflichtung der Bank zur Beibehaltung einer starken Liquiditätsposition stützt sich auf Grundsätze, die ein Mindestliquiditätsverhältnis erfordern. Dieses Verhältnis gründet sich auf 45 Prozent ihrer Nettobarerfordernisse im Rahmen mehrerer Jahre für die nächsten drei Jahre mit voller Deckung aller zugesagten, aber nicht ausgezahlten Projektfinanzierungen, zusammen mit der Auflage, dass 40 Prozent der Nettoinvestitionen der Finanzabteilung eine Laufzeit von nicht mehr als einem Jahr haben. Diese Grundsätze werden dadurch umgesetzt, dass die Liquidität innerhalb eines Zielbereichs von 90 Prozent der Nettobarerfordernisse für die nächsten drei Jahre, also über der erforderlichen Mindesthöhe, gehalten wird.

Nachstehende Tabelle bietet eine Aufgliederung der Aktiva und Passiva und des Kapitals der Mitglieder nach relevanten Laufzeitkategorien, gestützt auf die Restlaufzeit vom Bilanzdatum bis zum vertraglichen Fälligkeitsdatum. Sie basiert auf einer äußerst vorsichtigen Berücksichtigung von Fälligkeitsdaten, wo Options- oder Rückzahlungsstrukturen vorzeitige Rückkäufe zulassen. Daher wird im Fall von Verbindlichkeiten das frühestmögliche Rückzahlungsdatum, bei Aktiva das spätestmögliche Rückzahlungsdatum ausgewiesen.

Aktiva und Passiva ohne vertragliche Fälligkeit werden unter der Kategorie „Laufzeit unbestimmt“ zusammengefasst.

	Bis zu einem Monat 000 Euro	Über einen Monat und bis zu 3 Monaten 000 Euro	Über 3 Monate und bis zu einem Jahr 000 Euro	Über ein Jahr und bis zu 5 Jahren 000 Euro	Über 5 Jahre 000 Euro	Laufzeit unbestimmt 000 Euro	Insgesamt 000 Euro
Aktiva							
Platzierungen bei und Ausleihungen							
an Kreditinstitute(n)	4.304.354	878.425	128.870	–	32.679	–	5.344.328
Schuldtitel	223.843	233.507	326.851	2.707.375	3.583.926	–	7.075.502
Sonstige Aktiva	336.823	34.328	345.847	21.255	25.419	–	763.672
Darlehen	221.857	142.890	797.860	2.404.103	1.635.875	(262.160)	4.940.425
Aktienanlagen	–	–	–	–	–	1.386.372	1.386.372
Sachanlagen, Technik, Büroausstattung	–	–	–	–	–	38.894	38.894
Fälliges eingezahltes Kapital	–	–	384.189	1.324.217	–	32.411	1.740.817
Summe der Aktiva	5.086.877	1.289.150	1.983.617	6.456.950	5.277.899	1.195.517	21.290.010
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(314.098)	(1.296)	–	–	(140.351)	–	(455.745)
Verbriefte Verbindlichkeiten	(2.092.513)	(266.733)	(1.626.198)	(4.584.235)	(5.051.982)	–	(13.621.661)
Sonstige Verbindlichkeiten	(333.071)	(89.265)	(379.655)	(63.614)	(142.536)	(952.468)	(1.960.609)
Eigenkapital der Mitglieder	–	–	–	–	–	(5.251.995)	(5.251.995)
Summe der Passiva und Eigenkapital der Mitglieder	(2.739.682)	(357.294)	(2.005.853)	(4.647.849)	(5.334.869)	(6.204.463)	(21.290.010)
Liquiditätsposition zum 31. Dezember 2000	2.347.195	931.856	(22.236)	1.809.101	(56.970)	(5.008.946)	–
Kumulative Liquiditätsposition zum 31. Dezember 2000	2.347.195	3.279.051	3.256.815	5.065.916	5.008.946	–	–
Kumulative Liquiditätsposition zum 31. Dezember 1999	1.768.242	1.181.967	3.288.867	4.911.979	4.760.416	–	–

19 Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko besagt, dass der Wert eines Finanzinstruments aufgrund von Veränderungen der Marktzinssätze schwankt. Der Zeitraum, für den der Zinssatz eines Finanzinstruments unverändert bleibt, ist ein Indikator dafür, wie lange es einem Zinsänderungsrisiko ausgesetzt ist. Nachfolgende Tabelle bietet Informationen darüber, wie weit die Bank dem Zinsänderungsrisiko ausgesetzt ist.

Maßgebend ist dabei entweder das vertragliche Fälligkeitsdatum der Finanzinstrumente oder bei Instrumenten, die vor Fälligkeit neu bewertet werden, die Zeit bis zur Zinsneufestsetzung. Von Wertpapieren des Handelsbestands der Bank wird angenommen, dass sie unter der Kategorie „Bis zu einem Monat“ neu bewertet werden.

Zinsneufestsetzungsfristen	Bis zu einem Monat 000 Euro	Über einen Monat und bis zu 3 Monaten 000 Euro	Über 3 Monate und bis zu einem Jahr 000 Euro	Über ein Jahr und bis zu 5 Jahren 000 Euro	Über 5 Jahre 000 Euro	Mittel ohne Zinserträge 000 Euro	Insgesamt 000 Euro
Aktiva							
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	4.304.354	878.425	161.549	-	-	-	5.344.328
Schuldtitle	3.143.418	2.029.642	317.561	1.039.460	545.421	-	7.075.502
Sonstige Aktiva	98.486	-	382.854	-	-	282.332	763.672
Darlehen	589.046	1.589.321	2.264.846	351.521	407.851	(262.160)	4.940.425
Nichtverzinsliche Aktiva einschließlich ausstehendes eingezahltes Kapital	-	-	-	-	-	3.166.083	3.166.083
Summe der Aktiva	8.135.304	4.497.388	3.126.810	1.390.981	953.272	3.186.255	21.290.010
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(314.098)	(1.296)	-	-	(140.351)	-	(455.745)
Verbriefte Verbindlichkeiten	(2.199.970)	(437.986)	(1.454.946)	(4.476.777)	(5.051.982)	-	(13.621.661)
Sonstige Verbindlichkeiten	(413.977)	-	(369.245)	-	-	(1.177.387)	(1.960.609)
Eigenkapital der Mitglieder	-	-	-	-	-	(5.251.995)	(5.251.995)
Summe der Passiva und Eigenkapital der Mitglieder	(2.928.045)	(439.282)	(1.824.191)	(4.476.777)	(5.192.333)	(6.429.382)	(21.290.010)
Nettovermögen	5.207.259	4.058.106	1.302.619	(3.085.796)	(4.239.061)	(3.243.127)	-
Derivative Finanzinstrumente	(887.537)	(2.489.491)	(3.947.829)	3.085.796	4.239.061	-	-
Zinsänderungsrisiko zum 31. Dezember 2000	4.319.722	1.568.615	(2.645.210)	-	-	(3.243.127)	-
Kumulatives Zinsänderungsrisiko zum 31. Dezember 2000	4.319.722	5.888.337	3.243.127	3.243.127	3.243.127	-	-
Kumulatives Zinsänderungsrisiko zum 31. Dezember 1999	3.910.845	5.050.994	2.898.639	2.827.911	2.827.911	-	-

Die Bemessung der Zinsänderungsrisikorate der Bank wird durch allgemein übliche Markttechniken ergänzt, einschließlich Risikowerte (*Value-at-Risk/VaR*), Streuungsrisiko und Schwankungsrisiko, auf die sich die häufige Berichterstattung des Managements stützt. Zum 31. Dezember 2000, kalkuliert mit Bezug auf ein Verlässlichkeitsniveau von 99 Prozent über einen Zeitraum von 10 Handelstagen, betrug das VaR der Bank einschließlich extern verwalteter Investitionsprogramme 3,3 Millionen Euro (1999: 4,7 Millionen Euro).

20 Kreditbezogene Informationen über derivative Finanzinstrumente der Finanzabteilung

	2000 000 Euro	1999 000 Euro
Kreditderivate ¹	3.133.554	2.070.629
Vereinbarungen über Swaps und Optionen im Freiverkehr: ²		
vor Verrechnung/Sicherungsvereinbarungen	717.220	877.018
nach Verrechnung/Sicherungsvereinbarungen	103.140	330.394

Die Bank ist bei der Wahl ihrer Gegenpartei sehr vorsichtig und geht davon aus, dass Zahlungsunfähigkeit kein nennenswertes Risiko darstellt. Derivatgeschäfte insbesondere beschränken sich normalerweise auf Partner mit mindestens einem AA-Rating, die eine Sicherungsvereinbarung mit der Bank getroffen haben.

¹ Diese Beträge stellen den gesamten fiktiven Wert aller durch die Bank vereinbarten Kreditderivatkontrakte unter anderem für die gesamten Gegenswaps dar.

² Diese Beträge entsprechen den Ersatzkosten für die Bank für den Fall der Nichterfüllung durch die Gegenparteien bei denjenigen Swap- und Freiverkehrsoptionsvereinbarungen, die für die Bank einen positiven Wert haben.

21 Informationen über den geschätzten Veräußerungswert

Nachfolgend finden sich Informationen über die geschätzten Veräußerungswerte der finanziellen Aktiva und Passiva der Bank. Diese bedeuten den geschätzten Betrag, für den zwischen sachkundigen und willigen Parteien in einer geschäftlichen Transaktion ein Vermögenswert eingetauscht oder eine Forderung beglichen werden könnte. Wo für ein bestimmtes Instrument ein aktiver Markt besteht, wurden notierte Preise eingesetzt. Wo kein aktiver Markt besteht, wurden geschätzte Werte von intern angewandten Preisbestimmungsmodellen verwendet, die mit Ausnahme von Aktienanlagen (siehe (d) unten) nach DCF-Analyse erstellt wurden.

Folgendes sollte bei der unten aufgeführten Darstellung geschätzter Veräußerungswerte berücksichtigt werden:

(a) der Wert kurzfristiger Finanzinstrumente, d. h. derjenigen mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr, nähert sich dem in der Bilanz der Bank ausgewiesenen Wert.
(b) der Wert in bezug auf Schuldtitel und verbrieft Verbindlichkeiten schließt den geschätzten Veräußerungswert von damit verbundenen derivativen Instrumenten ein. Für die Emissionen verbrieft Verbindlichkeiten der Bank, die privat platziert werden, sind Informationen nur für die Emissionen zugänglich, bei denen die Bank später einen Teil der Emission zurückgekauft hat.

(c) der Bilanzwert von Darlehen wird abzüglich Rückstellungen ausgewiesen, was ihrem geschätzten Veräußerungswert nahekommt. Da die Bank ihr Zinsveränderungsrisiko auf Bestandsbasis steuert, ist es nicht möglich, die spezifischen Derivatinstrumente zu identifizieren, die das Zinsrisiko im Darlehensbestand der Bank absichern. Folglich berücksichtigt der ausgewiesene Betrag des Darlehensbestands nicht den Schätzwert der möglicherweise damit verbundenen Derivatinstrumente.

(d) der Wert von Aktienanlagen, die an einer amtlichen Börse gehandelt werden, wird durch notierte Börsenpreise bestimmt. Die notierten Aktienanlagen der Bank befinden sich normalerweise in Märkten, die relativ wenig flüssig und volatil sind, und der nachfolgend angegebene Wert berücksichtigt diese Tatsache nicht zusätzlich. In allen anderen Fällen wird angenommen, dass der Wert den Anschaffungskosten der Bank abzüglich Rückstellungen entspricht.

	Bilanzwert 2000 000 Euro	Geschätzte Anpassung des Veräußerungswerts 2000 000 Euro	Geschätzter Veräußerungswert 2000 000 Euro	Geschätzter Veräußerungswert 1999 000 Euro
Aktiva				
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	5.344.328	–	5.344.328	2.773.490
Schuldtitel	7.075.502	(1.994)	7.073.508	7.863.637
	12.419.830	(1.994)	12.417.836	10.637.127
Darlehen	4.940.425	–	4.940.425	4.756.369
Aktienanlagen	1.386.372	232.920	1.619.292	1.557.163
Sonstiges Sachvermögen	2.543.383	–	2.543.383	2.960.324
Summe der Aktiva	21.290.010	230.926	21.520.936	19.910.983
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(455.745)	–	(455.745)	(743.657)
Verbrieft Verbindlichkeiten	(13.621.661)	17.823	(13.603.838)	(11.807.187)
	(14.077.406)	17.823	(14.059.583)	(12.550.844)
Sonstige nichtfinanzielle Verbindlichkeiten	(1.960.609)	–	(1.960.609)	(1.961.040)
Eigenkapital der Mitglieder	(5.251.995)	–	(5.251.995)	(5.071.807)
Summe der Passiva und Eigenkapital der Mitglieder	(21.290.010)	17.823	(21.272.187)	(19.583.691)
Geschätzter Veräußerungswert (netto) zum 31. Dezember			248.749	327.292

Im Anlagebestand der Bank gehaltene Schuldtitel werden normalerweise bis zur Fälligkeit gehalten und werden daher in der Bilanz zum Buchwert ausgewiesen.

22 Gültige Pachtverträge

Die Bank hat den Hauptsitz in London und bestimmte Gebäude ihrer Ländervertretungen in Einsatzländern gepachtet. Dabei handelt es sich um normale kurzfristige Pachtverträge mit Verlängerungsoptionen und periodischen Gleitklauseln; sie sind für die Bank im normalen Geschäftsverlauf ohne erhebliche Vertragsstrafen nicht kündbar. Der bedeutendste Pachtvertrag ist der für das Hauptsitzgebäude. Die unter den Bedingungen dieses Vertrags zu zahlende Miete wird alle fünf Jahre überprüft und basiert auf Marktpreisen. Nach einer solchen Überprüfung kann die Miete entweder unverändert bleiben oder erhöht werden. Es besteht eine Kündigungsklausel, die im Jahr 2006 rechtswirksam wird und der Bank gestattet, den Pachtvertrag zu beenden.

Die Bank hat für zwei Stockwerke des Sitzgebäudes Vermietungsverträge abgeschlossen. Die Bedingungen dieser Verträge entsprechen den Bedingungen des Hauptpachtvertrages der Bank. Die voraussichtlichen zukünftigen Mindestmietzahlungseingänge im Rahmen dieser Verträge betragen zum 31. Dezember 2000 17,4 Millionen Euro. Die erfolgswirksam verbuchten Mieteingänge für das Berichtsjahr beliefen sich auf 3,9 Millionen Euro.

Die zukünftigen Mindestpachtzahlungen im Rahmen langfristiger nicht kündbarer Operate-Leasingverträge sind nachfolgend ausgewiesen:

Zahlbar:	2000 000 Euro	1999 000 Euro
Innerhalb eines Jahres	26.536	26.222
In ein bis fünf Jahren	98.988	100.371
In mehr als fünf Jahren	17.321	40.630
Stand 31. Dezember	142.845	167.223

23 Pensionspläne für Mitarbeiter

Festgelegter Leistungsplan

Eine vollständige versicherungsmathematische Schätzung des festgelegten Pensionsplans wird alle drei Jahre von einem qualifizierten Versicherungssachverständigen unter Rückgriff auf Methoden zur Vorhersage der Kosten je Leistungseinheit durchgeführt. Für Zwecke der IAS-19 wird diese jährlich fortgeschrieben. Die letzte Schätzung fand am 31. August 1999 statt und wurde

anschließend revidiert, um sicherzustellen, dass es bis zum 31. Dezember 2000 keine wesentlichen Änderungen gab. Die Hauptannahmen werden im folgenden dargestellt. Der gegenwärtige Wert der Verpflichtungen und der derzeitigen Bearbeitungskosten im Rahmen des festgelegten Leistungsplans wurde unter Verwendung der projizierten Kosten je Leistungseinheit berechnet.

In der Bilanz werden folgende Beträge ausgewiesen:

	2000 000 Euro	1999 000 Euro
Marktwert der Planvermögen	81.095	65.058
Derzeitiger Wert der Verpflichtungen im Rahmen des festgelegten Leistungsplans	(57.286)	(50.726)
	23.809	14.332
Nicht ausgewiesene versicherungsmathematische Verluste	1.610	8.374
Vorauszahlungen zum 31. Dezember	25.419	22.706
Veränderungen in der Vorauszahlung (ausgewiesen unter „Sonstige Aktiva“):		
Stand 1. Januar	22.706	20.525
Währungsunterschiede	(120)	571
Eingegangene Beiträge	11.119	10.789
Gesamtaufwendungen wie unten	(8.286)	(9.179)
Stand 31. Dezember	25.419	22.706

Die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Beträge sind folgende:

Derzeitige Bearbeitungskosten	(9.778)	(9.823)
Zinsen	(3.712)	(2.899)
Erwartete Rendite der Aktiva	5.524	3.865
Abschreibung auf versicherungsmathematische Verluste	(320)	(322)
Insgesamt in Mitarbeiteraufwendungen eingeschlossen	(8.286)	(9.179)

Hauptsächlich verwendete versicherungsmathematische Annahmen:

Diskontsatz	6,5 %	5,5 %
Erwartete Rendite auf Planvermögen	7,5 %	6,5 %
Zukünftige Gehaltserhöhungen	4,0 %	3,5 %
Mittlere erwartete Restarbeitsdauer der Mitarbeiter	15 Jahre	15 Jahre

Festgelegter Beitragsplan

Die im Rahmen des festgelegten Beitragsplans verbuchten Pensionskosten betragen 5,1 Millionen Euro (1999: 4,4 Millionen Euro) und werden unter „Allgemeine Verwaltungsaufwendungen“ ausgewiesen.

24 Sonstige Fondsabkommen

Neben der Geschäftstätigkeit der Bank und dem Sonderfondsprogramm verwaltet die Bank zahlreiche bilaterale und multilaterale Beihilfeabkommen zur Bereitstellung von technischer Hilfe und Investitionsunterstützung in den Einsatzländern. Bei diesen Abkommen stehen vor allem Projektvorbereitung und -durchführung (einschließlich Güter und Bauarbeiten), Beratungsdienste und Schulung im Mittelpunkt. Die im Rahmen dieser Fonds bereitgestellten Ressourcen werden getrennt von den ordentlichen Kapitalressourcen der Bank gehalten und unterliegen der externen Wirtschaftsprüfung.

Zum 31. Dezember 2000 verwaltete die Bank 68 Übereinkommen über Fonds für technische Zusammenarbeit (1999: 63) im Gesamtvolumen von 715,7 Millionen Euro (1999: 700,9 Millionen Euro). Dieser Betrag umfasst auch Mittel für das Tacis- und Phare-Programm der Europäischen Kommission im Rahmen der Bangkok-Fazilität in Höhe von 276,4 Millionen Euro. Von diesem zugesagten Betrag waren zum 31. Dezember 2000 insgesamt 576,5 Millionen Euro eingegangen. Die noch nicht zugesagten Mittel der Fonds betragen zum 31. Dezember 2000 insgesamt 182,4 Millionen Euro. Darüber hinaus verwaltete die Bank 65 projektgebundene Abkommen der technischen Zusammenarbeit im Gesamtvolumen von 35,1 Millionen Euro.

Außerdem verwaltete die Bank im Jahresverlauf neun Investmentfonds-Kooperationsvereinbarungen im Gesamtvolumen von 56,6 Millionen Euro und zwei EU-Beitrittsvorbereitungsfonds im Gesamtvolumen von 34,9 Millionen Euro spezifisch für Kofinanzierungen von Projekten der EBWE.

Die Bank verwaltete außerdem den EBWE-Japan Special Earmarked Fund, der 1994 zu dem Zweck eingerichtet wurde, die japanischen Beiträge für das Programm für russische Kleinunternehmen zu steuern. Dieser Fonds wurde im Oktober 2000 in gegenseitigem Einvernehmen geschlossen und der Restbetrag auf den Japan-Europe Cooperation Fund übertragen.

Aufgrund eines Vorschlags der G-7-Länder, ein multilaterales Aktionsprogramm zur Verbesserung der Sicherheit in Kernkraftwerken in den Einsatzländern der Bank zu initiieren, wurde im März 1993 das Reaktorsicherheitskonto („RSK“) von der Bank eingerichtet. Die Mittel des RSK werden in Form von Zuschüssen bereitgestellt und für Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Reaktorsicherheit verwendet. Zum 31. Dezember 2000 waren auf der Grundlage der in den Richtlinien des RSK vorgegebenen festen Wechselkurse Zusicherungen von 15 Beitragszahlern im Gesamtvolumen von 260,6 Millionen Euro eingegangen.

Die G-7-Länder und die Europäische Union bewilligten anlässlich ihres Gipfeltreffens in Denver im Juni 1997 die Einrichtung des Tschernobyl-Sarkophag-Fonds („TSF“). Der TSF wurde nach Annahme der Satzung durch das Direktorium am 7. November 1997 errichtet und trat am 8. Dezember 1997 in Kraft, nachdem die erforderlichen acht Beitragspartner Beitragsabkommen mit der Bank abgeschlossen hatten. Ziel des Fonds ist es, der Ukraine bei der Umwandlung des gegenwärtig vorhandenen Tschernobyl-Sarkophags in ein sicheres und umweltstabiles System beizustehen. Zum 31. Dezember 2000 waren unter Anwendung der in den Vorschriften des TSF festgelegten festen Wechselkurse von 22 Beitragszahlern Zusageerklärungen im Gesamtvolumen von 344,3 Millionen Euro eingegangen.

Im Zuge ihrer Beitrittsbestrebungen zur Europäischen Union übernahmen drei mitteleuropäische Länder, nämlich Litauen, Bulgarien und die Slowakische Republik die bindende Verpflichtung, die Reaktorblöcke vom Typ RBMK und WWER-440/230 bis zu bestimmten Terminen abzuschalten und stillzulegen. Daraufhin erklärte die Europäische Kommission ihre Absicht, die Stilllegung dieser Reaktoren innerhalb eines Zeitraums von acht bis zehn Jahren durch beträchtliche Zuschüsse zu unterstützen, und forderte die Bank auf, drei Internationale Unterstützungsfonds für die Stilllegung (*International Decommissioning Support Funds/IDSF*) zu verwalten. Am 12. Juni 2000 bewilligte das Direktorium die Statuten der IDSF für Ignalina, Kosloduj und Bohunice und stimmte der Übernahme der Verwaltung dieser Fonds durch die Bank zu. Die Fonds finanzieren ausgewählte Projekte zur Unterstützung der ersten Phase der Stilllegung der designierten Reaktoren. Außerdem geht es um Finanzierungsmaßnahmen zur Förderung der erforderlichen Restrukturierung, Verbesserung und Modernisierung der Energieerzeugung, -übertragung und -verteilung und Verbesserungen der Energiewirksamkeit, die der Beschluss zur Stilllegung nach sich zieht. Zum 31. Dezember 2000 hatten acht Beitragszahler dem IDSF für Ignalina unter Verwendung der in den Statuten des IDSF Ignalina definierten festen Umrechnungskurse Zusagen in Höhe von insgesamt 18,0 Millionen Euro gemacht. Zu diesem Zeitpunkt waren für die IDSF Kosloduj und Bohunice noch keine Beitragsvereinbarungen abgeschlossen worden.

Bericht der Abschlussprüfer an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben die Bilanz der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zum 31. Dezember 2000 und die zugehörige Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Kapitalflussrechnung für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr, wie sie auf den Seiten 81 bis 99 wiedergegeben sind, geprüft. Die Aufstellung dieses Jahresabschlusses obliegt der Geschäftsführung der Bank. Unsere Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage unserer Abschlussprüfung diesem Jahresabschluss ein Testat zu erteilen.

Wir haben bei unserer Prüfung die International Accounting Standards über die ordnungsgemäße Durchführung von Abschlussprüfungen befolgt. Nach diesen Grundsätzen sind wir gehalten, die Abschlussprüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir mit hinreichender Sicherheit feststellen können, dass der Jahresabschluss keine wesentlichen Irrtümer enthält. Eine Abschlussprüfung umfasst die stichprobenweise Nachweis- und Belegprüfung hinsichtlich der Ausweise und sonstigen Angaben des Jahresabschlusses. Sie beinhaltet auch eine Bewertung der bei der Erstellung des Abschlusses angewandten Rechnungslegungsvorschriften und der von der Geschäftsführung vorgenommenen Schätzungen sowie der Darstellung des

Jahresabschlusses insgesamt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns durchgeführte Abschlussprüfung eine ausreichende Grundlage für unser Testat darstellt.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der International Accounting Standards und der Vorgaben der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluss und den Konzernabschluss von Banken und anderen Finanzinstituten in allen wesentlichen Belangen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage der Bank zum 31. Dezember 2000 und der Ergebnisse der Geschäftstätigkeit sowie der Kapitalflussrechnung für das zu diesem Zeitpunkt abgelaufene Geschäftsjahr.



Arthur Andersen
London, 13. März 2001

Zusammenfassung der Sonderfonds

Sonderfonds werden im Einklang mit Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank eingerichtet und unter anderem im Rahmen der vom Direktorium der Bank bewilligten Bestimmungen verwaltet. Zum 31. Dezember 2000 verwaltete die Bank elf Sonderfonds: acht Sonderfonds für Investitionen und drei Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit.

Die folgenden Tabellen enthalten eine Zusammenfassung von Auszügen aus den Jahresabschlüssen der Sonderfonds sowie eine Zusammenfassung der von Geberländern zugesagten Beiträge. Die Jahresabschlüsse für die jeweiligen Sonderfonds wurden gesondert geprüft. Die geprüften Jahresabschlüsse sind auf Antrag bei der Bank erhältlich.

Die Sonderfonds haben die folgenden Ziele:

Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum und Sonderfonds für Technische Hilfe im Ostseeraum

Förderung der Entwicklung des Privatsektors durch die Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen in Estland, Lettland und Litauen.

Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in Russland und Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in Russland

Förderung der Entwicklung von Kleinunternehmen im Privatsektor in der Russischen Föderation.

Sonderfonds für Investitionen in Mikrounternehmen in Moldau

Förderung der Entwicklung von Mikrounternehmen durch Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen in der Republik Moldau.

Sonderfonds für Investitionen zur Unterstützung von Finanzintermediären

Unterstützung von Finanzintermediären in den Einsatzländern der Bank durch Investitionen in ihr Kapital.

italienischer Sonderfonds für Investitionen

Förderung der Modernisierung, Restrukturierung, Erweiterung und Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen in bestimmten Einsatzländern der Bank.

Sonderfonds für die Finanzierung von KMU

Erleichterung der Finanzierungsprobleme kleiner und mittlerer Unternehmen in Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, der Slowakischen Republik, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn.

Sonderfonds für die Balkanregion

Hilfeleistungen beim Wiederaufbau von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und Rumänien.

Sonderfonds der EBWE für Technische Zusammenarbeit

Fazilität für die Finanzierung von Projekten der technischen Zusammenarbeit in Einsatzländern der Bank.

Sonderfonds der EBWE für KMU

Förderung der Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, EJR Mazedonien und Rumänien.

100

Sonderfonds für Investitionen

Auszug aus der Gewinn- und Verlustrechnung für den am 31. Dezember 2000 abgelaufenen Zeitraum	Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum 000 Euro	Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in Russland 000 Euro	Sonderfonds für Investitionen in Mikrounternehmen in Moldau 000 Euro	Sonderfonds für Investitionen zur Unterstützung von Finanzintermediären 000 Euro	italienischer Sonderfonds für Investitionen 000 Euro	Sonderfonds für die Finanzierung von KMU 000 Euro	Sonderfonds für die Balkanregion 000 Euro	Sonderfonds der EBWE für KMU	Sonderfonds für Investitionen insgesamt 000 Euro
Betriebsgewinn/(-verlust) vor Rückstellungen	2.397	6.345	251	630	1.240	(532)	(204)	(238)	9.889
(Belastung)/Auflösung von Rückstellungen für Verluste	(837)	(4.551)	329	(441)	(43)	(62)	-	-	(5.605)
Gewinn/(Verlust) für den Zeitraum	1.560	1.794	580	189	1.197	(594)	(204)	(238)	4.284
Auszug aus der Bilanz zum 31. Dezember 2000									
Darlehen	5.913	38.303	448	814	1.471	-	-	-	46.949
Rückstellungen	(442)	(14.159)	(224)	(110)	(190)	-	-	-	(15.125)
	5.471	24.144	224	704	1.281	-	-	-	31.824
Aktienanlagen	9.938	5.356	-	2.400	86	600	-	-	18.380
Rückstellungen	(1.452)	(2.678)	-	(476)	(25)	(62)	-	-	(4.693)
	8.486	2.678	-	1.924	61	538	-	-	13.687
Platzierungen und andere Aktiva	27.928	42.281	1.762	4.643	12.199	8.849	9.696	6.875	114.233
Noch nicht eingegangene Einlagen	-	-	-	8.597	-	40.000	750	1.075	50.422
Summe der Aktiva	41.885	69.103	1.986	15.868	13.541	49.387	10.446	7.950	210.166
Sonstige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	50	31.553	6	33	6	6	165	3	31.822
Einlagen	41.500	59.351	1.261	15.066	11.435	50.000	10.485	8.185	197.283
Rücklagen und Gewinn/ (Verlust) für den Zeitraum	335	(21.801)	719	769	2.100	(619)	(204)	(238)	(18.939)
Summe der Passiva	41.885	69.103	1.986	15.868	13.541	49.387	10.446	7.950	210.166
Nicht in Anspruch genommene Zusagen und Garantien	13.239	60.885	950	1.424	1.929	8.053	6.268	907	93.655

Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit

Auszug aus dem Mittelzufluss und Mittelabfluss des Fonds und Bilanz für das am 31. Dezember 2000 abgelaufene Geschäftsjahr	Sonderfonds für Technische Hilfe im Ostseeraum 000 Euro	Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in Russland 000 Euro	Sonderfonds der EBWE für Technische Zusammenarbeit 000 Euro	Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit insgesamt 000 Euro
Bilanzvortrag	8.258	16.416	298	24.972
Eingegangene Einlagen	–	1.551	17	1.568
Zinsen und sonstige Erträge	246	2.656	8	2.910
Rückzahlungen von Auszahlungen	–	269	–	269
Auszahlungen	(2.735)	(7.785)	(120)	(10.640)
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(5)	(52)	(8)	(65)
Fondsvermögen	5.764	13.055	195	19.014
Kumulative bewilligte Zusagen	20.218	59.625	879	80.722
Kumulative Auszahlungen	(15.258)	(51.580)	(686)	(67.524)
Eingesetztes Fondsvermögen	4.960	8.045	193	13.198
Nicht eingesetztes Fondsvermögen	804	5.010	2	5.816
Fondsvermögen	5.764	13.055	195	19.014

Von Geberländern zugesagte Beiträge zu den Sonderfonds

	Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum 000 Euro	Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in Russland 000 Euro	Sonderfonds für Investitionen in Mikrounternehmen in Moldau 000 Euro	Sonderfonds für Investitionen zur Unterstützung von Finanzintermediären 000 Euro	Italienischer Sonderfonds für Investitionen 000 Euro	Sonderfonds für die Finanzierung von KMU 000 Euro	Sonderfonds für die Balkanregion 000 Euro	Sonderfonds der EBWE für KMU 000 Euro	Sonderfonds für Technische Hilfe im Ostseeraum 000 Euro	Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in Russland 000 Euro	Sonderfonds insgesamt 000 Euro
Dänemark	8.940	–	–	–	–	–	750	–	1.450	–	11.140
Deutschland	–	9.843	–	–	–	–	2.250	–	–	3.025	15.118
Europäische Gemeinschaft	–	–	–	–	–	50.000	–	–	–	–	50.000
Finnland	8.629	–	–	–	–	–	–	–	1.411	–	10.040
Frankreich	–	7.686	–	–	–	–	–	–	–	4.980	12.666
Island	427	–	–	–	–	–	–	–	69	–	496
Italien	–	8.401	–	–	11.435	–	–	–	–	1.360	21.196
Japan	–	21.162	–	–	–	–	–	–	–	3.295	24.457
Kanada	–	2.707	–	–	–	–	1.472	–	–	4.309	8.488
Norwegen	7.732	–	–	–	–	–	1.145	–	1.256	–	10.133
Österreich	–	–	–	–	–	–	276	–	–	–	276
Schweden	15.772	–	–	–	–	–	–	–	2.564	–	18.336
Schweiz	–	2.360	1.261	655	–	–	3.097	–	–	1.244	8.617
Taipeh-China	–	–	–	12.674	–	–	1.495	–	–	–	14.169
Vereinigtes Königreich	–	–	–	–	–	–	–	–	–	12.824	12.824
Vereinigte Staaten von Amerika	–	7.192	–	1.737	–	–	–	8.185	–	24.677	41.791
Insgesamt zum 31. Dezember 2000	41.500	59.351	1.261	15.066	11.435	50.000	10.485	8.185	6.750	55.714	259.747